



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

5. Sitzung

7. Wahlperiode

Dienstag, 10. Januar 2017, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp
und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Unbürokratisch handeln – Fluthilfen auf den Weg bringen – Drucksache 7/134 – 25
	Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 7/135 – 25
Erweiterung der Tagesordnung 2	Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 7/136 – 25
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 2	Elisabeth Aßmann, SPD 25 Minister Dr. Till Backhaus 26 Holger Arppe, AfD 29 Burkhard Lenz, CDU 30 Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE 31 Tilo Gundlack, SPD 33 Egbert Liskow, CDU 35 B e s c h l u s s 35
Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Aussprache zur Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern nach den Anschlägen in anderen Bundesländern im Jahr 2016, zuletzt am 19. Dezember 2016 in Berlin 2	Einspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, gegen die erteilten Ordnungsrufe in der 3. Sitzung des Landtages am 7. Dezember 2016 36 B e s c h l u s s 36
Leif-Erik Holm, AfD 2	
Minister Lorenz Caffier 5	
Dirk Friedriszik, SPD 9	
Nikolaus Kramer, AfD 10	
Ann Christin von Allwörden, CDU 13	
Peter Ritter, DIE LINKE 14	
Enrico Komning, AfD 17	
Manfred Dachner, SPD 21	Nächste Sitzung
Torsten Renz, CDU 23	Mittwoch, 25. Januar 2017 36

Beginn: 12.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 5. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Die vorläufige Tagesordnung der 5. Sitzung liegt Ihnen vor.

Auf Drucksache 7/134 liegt Ihnen ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und CDU zum Thema „Unbürokratisch handeln – Fluthilfen auf den Weg bringen“ vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die Tagesordnung um diese Vorlage zu erweitern und als Zusatztagesordnungspunkt nach dem Tagesordnungspunkt 1 aufzuführen. Wird der so erweiterten Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 5. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserer Kollegin und Sozialministerin Frau Drese nachträglich ganz herzlich zu ihrem runden Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Leif-Erik Holm, AfD – Gratulationen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus vielen Teilen der Welt und auch aus Deutschland erreichten uns in der jüngsten Vergangenheit Nachrichten über terroristische Anschläge, denen unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bringt seine Betroffenheit, seine Trauer um die Opfer und sein Mitgefühl mit den Angehörigen und Freunden der Opfer zum Ausdruck. Wir verurteilen alle Terroranschläge als menschenverachtend und unentschuldigbar. Die Verantwortlichen für diese Anschläge müssen schnell überführt und konsequent bestraft werden. Ich bitte Sie, sich zum Gedenken der Opfer von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aussprache gemäß Paragraph 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Aussprache zur Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern nach den Anschlägen in anderen Bundesländern im Jahr 2016, zuletzt am 19. Dezember 2016 in Berlin“.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema
Aussprache zur Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern nach den Anschlägen in anderen Bundesländern im Jahr 2016, zuletzt am 19. Dezember 2016 in Berlin**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Herr Holm.

Leif-Erik Holm, AfD: Liebe Bürger! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte vor meiner Rede noch kurz unseren verstorbenen Bundespräsidenten Roman Herzog würdigen, der mit 82 Jahren von uns gegangen ist. Er war ein großer Bundespräsident. Allen ist wohl noch seine Ruck-Rede im Gedächtnis und wenn dieser Ruck früher durch Deutschland gegangen wäre, dann gäbe es übrigens die AfD überhaupt nicht. Wir danken Roman Herzog für seine Arbeit.

(Vincent Kokert, CDU: Bedauern Sie Ihr eigenes Bestehen, Herr Holm?)

Gehen Sie doch mal in sich!

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Das ist der vernünftige Teil der Rede.)

Meine Damen und Herren, es ist ein anderer trauriger Anlass, der uns heute zusammenführt. Die AfD-Fraktion hat die Dringlichkeitssitzung des Landtages beantragt, um über die Sicherheitslage nach dem schrecklichen Anschlag von Berlin zu sprechen. Es ist das dritte IS-Attentat nach Würzburg und Ansbach. Wir müssen es feststellen, der Terror ist in Deutschland angekommen, und auch wir in Mecklenburg-Vorpommern müssen von einer erhöhten Terrorgefahr ausgehen. Darüber müssen wir reden.

Ich möchte meine Rede mit zwei Zeitungsschlagzeilen beginnen, die zeigen, wo die Probleme liegen. Zunächst ein Zeitungsausschnitt vom Herbst 1977, als die Rote-Armee-Fraktion die Bundesrepublik terrorisierte. Damals gab es eine klare Ansage von Kanzler Helmut Schmidt, und die lautete, wir werden die Terroristen besiegen.

(Der Abgeordnete Leif-Erik Holm zeigt eine Kopie.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Holm, das ist nicht zulässig, dass Sie hier Dinge hochhalten am Rednerpult. Ich mache Sie darauf aufmerksam. Bitte beachten Sie das!

Leif-Erik Holm, AfD: Okay.

Und jetzt kommen wir zum Jahr 2016. Nach dem IS-Attentat in Berlin äußert sich Bundesinnenminister de Maizière wie folgt: „Wir werden mit dem Terror leben müssen.“

Diese beiden Schlagzeilen zeigen die traurige Realität. Deutschland war einmal ein wehrhafter Rechtsstaat und ist heute zur Lachnummer verkommen. Ungeschützte Grenzen, über eine halbe Million unregistrierte Migranten, Rechtsbrüche der Bundesregierung, ein De-facto-Bleiberecht auch für viele abgelehnte Asylbewerber: Wir erleben eine Beschwichtigungspolitik gegenüber den Predigern des Islamismus und Salafismus. Wehrlose Frauen müssen sich zu Hunderten von angeblich Schutzsuchenden begrapschen lassen.

Und auch bei uns häufen sich die Zwischenfälle, jetzt auch in den Schulen. Heute Morgen berichtet die „Ostseewelle“ von Übergriffen durch Syrer. In Rostock wurden wohl Mitschüler verprügelt, in Schwerin Mädchen sexuell belästigt. Das ist der Zustand dieser Republik. Und Frau Merkel fällt dazu in ihrer Neujahrsansprache folgender Satz ein: „Unser Staat tut alles, um seinen

Bürgern Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten.“ So viel Chuzpe muss man erst mal haben! Normalerweise würde diese Aussage wohl unter „Fake News“ laufen.

Schauen wir uns den Fall des feigen Terroristen Amri an! Erst spaziert der in Italien vorbestrafte Tunesier ungehindert über die Grenze, dann meldet er sich unter mindestens 14 Identitäten in verschiedenen Städten an, kann untertauchen, obwohl er als Gefährder gilt, kommt später in Abschiebehaft, muss daraus aber entlassen werden, weil Tunesien seine Staatsangehörigkeit bestreitet und ihn nicht zurücknehmen will. Das zeigt die ganze Hilflosigkeit der Behörden und einen atemberaubenden Kontrollverlust des deutschen Staates, der bis heute andauert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Merkel-Regierung hat dramatisch versagt und genauso auch die Landesregierung, die trotz der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen lieber Versorgungsposten schafft als ausreichend neue Polizeistellen. Wer nicht willens ist, eine der Kernaufgaben eines Staates zu erledigen, nämlich die innere Sicherheit zu gewährleisten, der sollte einfach nach Hause gehen und anderen das Regieren überlassen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die AfD hält sich eher an Helmut Schmidt. Wir wollen die Terroristen besiegen. Nur dafür braucht es endlich konsequente Maßnahmen der Regierung. Und diese sollten vor allem rechtzeitig kommen und nicht immer erst dann, wenn es Tote gibt. Wir erleben es ja gerade wieder. Nach dem Attentat in Berlin rennt wieder alles wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen durch die Gegend mit blindem Aktionismus.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, Sie vorneweg!)

Warum erst jetzt?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Warum denn bitte erst jetzt?! Hätten Sie seit einem Jahr nicht so viel Zeit darauf verschwendet, die AfD zu diffamieren, sondern hätten Sie unsere Warnungen aufgenommen, dann wäre unser Land heute sicherer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Agieren Sie endlich, anstatt immer nur zu reagieren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das heißt aus unserer Sicht zweierlei: Außenpolitisch müssen wir endlich zum Realismus zurückkehren. Die Einmischung in andere Länder mit dem Ziel des Regime Change ist gescheitert. Die fixe Idee der US-Regierung ist eine der Ursachen für die Verwerfungen im Nahen Osten und in Nordafrika.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jochen Schulte, SPD: Es ist gut, wofür
der Landtag hier alles zuständig ist.)

Zweitens wird es innenpolitisch höchste Zeit, dass der Schutz der Bürger wieder oberste Priorität hat, und des-

halb legt die AfD-Fraktion ein 5-Punkte-Programm für mehr Sicherheit vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Wo denn? Wo
haben Sie es vorgelegt? Wo ist der Antrag? –
Marc Reinhardt, CDU: Abschreiben kann jeder.)

Erstens, der wichtigste Punkt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wir müssen unsere Grenze lückenlos sichern.

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben nichts
vorgelegt, Herr Holm, nichts, gar nichts!)

Halten wir fest: Durch die Öffnung der Grenze im September 2015 sind Hunderttausende Migranten ohne Registrierung, teils auch ohne Pass nach Deutschland eingereist, darunter nachweislich IS-Terroristen, die bereits in ganz Europa Unheil angerichtet haben. Es ist die erste und die wichtigste Aufgabe, Merkels offene Scheunentore wieder dichtzumachen, um noch mehr Gewalt und Terror zu verhindern. Deswegen fordern wir flächendeckende Grenzkontrollen, nicht nur sporadisch und nicht nur in Bayern, sondern auch bei uns an der polnischen Grenze.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist aufwendig, aber notwendig.

Wir wissen alle, dass die Bundespolizei im Moment auf dem Zahnfleisch kriecht. Deshalb sollten wir als Land Mecklenburg-Vorpommern übergangsweise Hilfe durch die Landespolizei anbieten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die hat damit nichts zu tun.)

so, wie es derzeit auch die bayerische Polizei tut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die hat damit
nichts zu tun, unsere Landespolizei.)

Ganz wichtig ist es auch, dass die Dublin-Regeln endlich wieder eingehalten werden.

(Thomas Krüger, SPD: Sie verbinden
doch schon wieder alles.)

Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, der ist an der Grenze abzuweisen. Dafür soll es Transitzentren an den EU-Außengrenzen geben, in denen schnelle und ordnungsgemäße Asylverfahren durchgeführt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist alles Ihnen eingefallen, ja? –
Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Wir tragen hier ein Programm zusammen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben ein
Programm zusammengeschrieben? Sie
haben ein Programm zusammengeklaut!)

Wenn dieses Programm umgesetzt wäre, dann bräuchten wir darüber nicht zu diskutieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zusammengeklaut haben Sie ein Programm!)

Offensichtlich ist es nicht so weit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Zusammengeklaut!)

Zweiter Punkt. Wir müssen unsere Sicherheitsbehörden im Land stärken. Wir können nicht länger ignorieren, dass wir auch in Orten abseits der Metropolen mit Terroranschlägen rechnen müssen. Das haben Würzburg und Ansbach gezeigt. Wir brauchen also eine schnellstmögliche Aufstockung der Landespolizei, und zwar um deutlich mehr als die vorgesehenen 150 Stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Torsten Renz, CDU: Was schlagen Sie vor?)

Ebenso müssen Landesverfassungsschutz und Landeskriminalamt personell und finanziell gestärkt werden, damit eine Überwachung hochgefährlicher islamistischer Gefährder rund um die Uhr gewährleistet werden kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So wie bei Amri.)

Wir müssen die Ausstattung verbessern. Eine einheitliche Datenkommunikation braucht es zwischen Bund und Ländern. Außerdem müssen die biometrischen Daten aller eingereisten Asylbewerber erfasst – auch nachträglich erfasst – und allen Behörden zur Verfügung gestellt werden.

Drittens. Abgelehnte Asylbewerber sind konsequent abzuschicken. Auch Mecklenburg-Vorpommern schiebt nur einen viel zu kleinen Teil der ausreisepflichtigen Asylbewerber ab. Das muss sich ändern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deshalb muss die Landesregierung im Bundesrat darauf drängen, weitere Länder in die Liste sicherer Herkunftstaaten aufzunehmen. Wir hoffen alle, dass das endlich passiert,

(Vincent Kokert, CDU: Wir auch.)

aber in der Koalition in Berlin gibt es darüber immer noch keinen Konsens. Außerdem müssen wir auf Länder Druck aufbauen, die sich einer Rücknahme ihrer Staatsbürger verweigern. Da muss dann eben auch mal die Entwicklungshilfe gekürzt oder gestrichen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf aus dem Plenum: Wir müssen mehr sichere Herkunftsländer kriegen.)

Wir brauchen Rückführungszentren für dringende Abschiebefälle, damit sich niemand in den Untergrund verabschieden kann, wie es bisher zu oft passiert. Ausreisepflichtige Gefährder sind generell bis zur Abschiebung in Sicherungshaft zu nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zudem ist es niemandem zu erklären, dass abgelehnte und vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber auch noch finanzielle Unterstützung erhalten. Stattdessen sind hier nur noch Sachleistungen auszugeben.

Wir erwarten auch Rechtstreue von Asylbewerbern. Deshalb fordern wir eine Verschärfung der Rückführungsregeln bei Straftätern. Wer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird, auch auf Bewährung, oder wer Wiederholungstäter ist, der verwirkt sein Recht auf Asyl.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Punkt 4 unseres 5-Punkte-Programms, das Aufenthaltsrecht ist zu verschärfen. Der Fall des Berliner Attentäters Amri hat gezeigt, dass Asylbewerber ohne echten Identitätsnachweis ein massives Sicherheitsrisiko darstellen können. Deshalb fordern wir, dass bereits hier lebende Asylbewerber, die keine Papiere vorweisen können, bis zur Klärung ihrer Identität in speziell gesicherten Asylheimen unterzubringen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Holm, wollen Sie die Personen in Lagern konzentrieren, habe ich das richtig verstanden? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Familiennachzug soll nur noch für anerkannte Asylbewerber nach Artikel 16a des Grundgesetzes gelten. Kriegsflüchtlinge und subsidiär Geschützte, die ohnehin nur temporär hierbleiben dürfen, dürfen ihre Familien nicht nachziehen lassen. Zudem wollen wir, wie nun auch einige Vernünftige an der CDU-Basis, die doppelte Staatsbürgerschaft wieder abschaffen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

weil sie echte Integration nicht erleichtert, sondern erschwert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Fünftens. Der gewalttätige Islamismus muss stärker bekämpft werden. Islamisten überziehen die ganze Welt mit Terror in dem Wahn, eines Tages ihr Kalifat errichten zu können. Das müssen wir auch in Deutschland endlich wirklich ernst nehmen. Zu viele Muslime lehnen unsere Gesellschaft ab. Mehr als die Hälfte hält die Scharia für wichtiger als den deutschen Rechtsstaat, das zeigen seriöse Studien.

(Thomas Krüger, SPD: Was auch immer „seriös“ ist.)

Die Gleichberechtigung der Frau spielt ebenso keine Rolle. Wir meinen aber, wer zu uns kommt, hat unser Recht und unsere Leitkultur zu akzeptieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben es in Rostock erlebt. Hier haben radikale Muslime versucht, eine Moschee zu unterwandern. Das zeigt, dass der islamische Fundamentalismus auch in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Vormarsch ist.

Wir brauchen harte Maßnahmen gegenüber gewaltbereiten Islamisten. Dazu gehört eine Überwachung der Moscheen, denn gerade sie sind die Orte, wo sich Muslime radikalieren. Wir fordern, dass Moscheen, in denen nachweislich grundgesetzwidrige Meinungen gepredigt werden, durch die Behörden geschlossen werden.

Die Burka als Zeichen des radikalen Islams darf in Mecklenburg-Vorpommern auch keinen Platz haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie ist frauenfeindlich und stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat auf ein Verbot der islamischen Vollverschleierung zu drängen.

(Thomas Krüger, SPD:
Und die Burkinis auch, ja?!)

Meine Damen und Herren, die Merkel-Regierung hat mit der unverantwortlichen Grenzöffnung und ihrer traumtänzerischen Alle-Welt-nach-Deutschland-Ideologie ein Sicherheitsrisiko für unser Land geschaffen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das haben die Terroranschläge von Würzburg, Ansbach und Berlin ebenso bewiesen wie die Tausenden sexuellen Übergriffe in Köln und vielen anderen Städten. Wir aber sind nicht bereit, die Freiheit und unser friedliches Leben auf dem Altar der Multikultiwelt zu opfern. Ein Land, in das jeder hineinmarschieren kann, wie es ihm gefällt, ist nicht unser Land, deshalb haben wir Ihnen die wichtigsten Maßnahmen in unserem 5-Punkte-Programm genannt. Sichern Sie endlich unsere Grenze! Stärken Sie unsere Sicherheitsbehörden! Sorgen Sie für konsequente Abschiebungen,

(Thomas Krüger, SPD: Dann machen Sie parlamentarische Arbeit und legen Sie hier was vor! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

ein strenges Aufenthaltsrecht und eine Bekämpfung des Islamismus!

Sie regieren, Herr Krüger, Sie regieren. Legen Sie bitte endlich etwas vor!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sie verweigern sich
der parlamentarische Arbeit, das ist alles.)

Ich schenke Ihnen dieses 5-Punkte-Programm, Sie können es gerne umsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wir wollen, dass Sie endlich diese Politik ändern.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das erwarten die Bürger von Ihnen. Wenn Sie das nicht wollen, dann lassen Sie uns das bitte tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sie tun ja nichts!)

Die AfD steht für klare Kante,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
Dirk Friedriszik, SPD, Thomas Krüger, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

für ein sicheres Mecklenburg-Vorpommern und für ein sicheres Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, da kommt
noch was. – Torsten Renz, CDU:
Der Schluss war komisch.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Lorenz Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ja, in der Tat, der islamistische Terror ist endgültig in Deutschland angekommen. Würzburg, Ansbach, Berlin, das Jahr 2016 hat uns auf grauenvolle Weise gezeigt, was eine hohe abstrakte Gefahr ganz konkret für uns bedeuten kann.

Wir werden heute intensiv über die Sicherheitslage, über ergriffene und zu ergreifende Maßnahmen debattieren. Das alles nimmt Zeit in Anspruch, das ist aber auch in Ordnung so. Aber, lieber Kollege Holm, auch nach Ihrer Einführung zu Ihrem Antrag kann ich den Grund der heutigen Sondersitzung noch nicht erkennen. Es hätte uns gutgetan, in zwei Wochen, bei der nächsten regulären Landtagssitzung, in der wir dann die Möglichkeit haben, ausführlich – auch aufgrund der neuen Erkenntnislage und der Erkenntnisse, die im Rahmen der Auswertungen laufen – über das Geschehene zu diskutieren. Das ist alles nach wie vor ein Prozess und der ist bundesweit noch nicht abgeschlossen. In zwei Wochen könnten wir aufgrund von anderen Daten und aufgrund der jeweils neuen Erkenntnislage eine intensivere Diskussion führen. Also bleibt eigentlich nur ein Grund für die Sondersitzung: Hier möchte eine Fraktion das Geschehene instrumentalisieren und schamlos für eigene Zwecke ausnutzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das finde ich schäbig, meine Damen und Herren.

Verstehen Sie mich nicht falsch, Kollege Holm, natürlich gibt es eine öffentliche Debatte nach dem Anschlag von Berlin. Es ist verständlich, dass sich die politischen Parteien mehr oder weniger gehaltvoll an dieser Diskussion beteiligen. Ich habe großen Respekt vor den Rechten der Abgeordneten und der Fraktion, ich war schließlich selbst 16 Jahre lang Parlamentarischer Geschäftsführer. Ich bin lange genug für die Rechte der Fraktion eingetreten. Aber genau deshalb weiß ich auch, dass diese Rechte nicht nur Selbstzweck sind, sondern sie erfordern einen verantwortungsvollen Umgang. Die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns schauen heute auf uns, die schauen auf den Landtag. Sie werden genau registrieren, welchen Charakter und welchen Zweck die heutige Sondersitzung hat, meine Damen und Herren. Und sie werden sich die Frage stellen, ob diese von der AfD beantragte Sondersitzung eine würdige Antwort der parlamentarischen Demokratie auf die Anschläge der letzten Jahre ist.

Die AfD klagt landauf, landab über den politischen Betrieb, über die Altparteien, seine Rituale und seine Selbstbezogenheit, und sicherlich ist das eine oder andere überdenkenswert. Aber sehen Sie es sich heute selbst an: Diese Sondersitzung, meine Damen und Herren Abgeordnete, ist nichts anderes als billiger Populismus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Fangen Sie bitte an und kehren auch vor der eigenen Haustür dabei!

Meine Damen und Herren, der islamistische Terror hat Deutschland schon länger im Visier. Viele mögen es schon vergessen haben, aber in der Vergangenheit sind wir teilweise nur mit Glück von Anschlägen verschont geblieben. Ich erinnere an die Kofferbomben von Köln, deren Explosion bereits vor zehn Jahren Dutzende Menschenleben hätte fordern können. Aber es war nicht nur Glück, sondern es war auch die hervorragende Arbeit deutscher Sicherheitsbehörden.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das Prinzip Hoffnung ist ja Ihre Politik.)

Sie konnten immer wieder Schlimmeres verhindern, und das mit weit weniger Befugnissen als in den Behörden unserer europäischen Nachbarstaaten. Die Pannen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung in den letzten Wochen und Monaten werden immer wieder in der Öffentlichkeit breitgewalzt. Die Erfolge hingegen, wenn sie überhaupt registriert werden, sind schnell wieder vergessen.

Insofern gilt mein Dank an dieser Stelle zunächst allen Polizisten, Einsatzkräften, Sicherheitskräften, Verfassungsschützern, die sich jeden Tag in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen, dass die Sicherheit in unserem Land gewährleistet wird, und ihren Dienst verrichten. Dafür herzlichen Dank an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Leider müssen wir feststellen, die Terroristenjagd wird immer schwieriger. Bomben, Hieb- und Stichwaffen, Feuerwaffen, Lkw und andere zivile Fahrzeuge als Mordwerkzeuge – das Repertoire der Terroristen ist so grauenvoll wie umfangreich. Das erschwert die Gefahrenabwehr für die Sicherheitskräfte ungemein. Die Täter leben meist schon seit vielen Jahren in Europa, nicht wenige wurden sogar hier geboren. Sie radikalisieren sich entweder selbst beziehungsweise in islamistischen Milieus oder aber sie werden im Nahen Osten zu Attentätern ausgebildet.

Die zentrale Rolle spielt dabei bekanntermaßen der Islamische Staat. Seine Ideologie besitzt nach wie vor eine hohe Anziehungskraft, auch für Einzeltäter, die sonst gar keinen oder nur geringen Kontakt zum IS haben. Darüber hinaus besitzt die Organisation in Syrien und im Irak die Einrichtungen, in denen Personen adäquat und speziell für Operationen im westlichen Ausland geschult werden können. Eine große Gefahr geht daher von Dschihadisten aus, die nach Syrien oder in den Irak ausreisen, um für den IS zu kämpfen, und nun zurückkehren. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Rückkehrer die Fähigkeiten besitzen, auch komplexe Anschläge zu verüben.

Natürlich versuchen wir alles,

(Zuruf aus dem Plenum: Was denn?)

um solche schrecklichen Attentate wie in Berlin unter allen Umständen zu verhindern. Doch zum einen sind diese Mittel begrenzt und zum anderen kann eine Person auch völlig unbemerkt von den Sicherheitsbehörden den

Entschluss fassen, seinen persönlichen Terrorbeitrag leisten zu wollen. Wenn diese Person sich nicht in einschlägigen Milieus aufhält und auch sonst wenig Kontakt pflegt oder sich auffällig verhält, wird es auch in Zukunft schwierig werden, sie zu entdecken.

Natürlich ist davon auszugehen, dass bestimmte Orte in Deutschland zu den Hauptzielen des islamistischen Terrorismus gehören. Berlin als Bundeshauptstadt musste dies im Dezember schmerzlich erfahren. Dennoch haben die Anschläge in Würzburg oder in Ansbach ganz deutlich gezeigt, dass Terroristen überall zuschlagen können. Ja, auch in Mecklenburg-Vorpommern können wir solche Ereignisse nicht vollständig ausschließen. Wir haben Problemfälle im Land, wir haben Islamisten, wir haben Salafisten, wir haben radikale Muslime, aber diese Problemfälle beobachten wir intensiv.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das reicht nicht.)

Und ich versichere Ihnen, wir werden alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um zu verhindern, dass eine Gefahr von diesen Personen ausgeht.

Fazit: Auch in Mecklenburg-Vorpommern besteht eine hohe abstrakte Terrorgefahr, Hinweise auf konkrete Anschläge liegen uns jedoch nicht vor. Wir sind für diese Situation vorbereitet. Polizei und Verfassungsschutz sind wachsam und sie sind handlungsfähig.

Meine Damen und Herren, um die Sicherheitsdebatte im öffentlichen Raum in Deutschland gibt es seit Jahren eine intensive Diskussion. Doch erst in den letzten zwei Jahren ist wirklich Bewegung in diese gesamte Diskussion gekommen. Bundesweit werden mehr Polizisten eingestellt, Gesetze wurden verschärft, Kompetenzen der Sicherheitsbehörden sind erweitert worden. Diese Verbesserungen wurden teilweise gegen massive Widerstände umgesetzt. Angesichts des Anschlags von Berlin ist es ganz selbstverständlich, dass wir jetzt erneut eine Debatte darüber führen, was wir verändern können, was wir verändern müssen oder wo die Gesetzeslage ausreicht, aber sie auch dementsprechend ausgeschöpft werden muss.

Die Landesregierung wird sich dieser Debatte stellen und an konstruktiven Lösungen mitarbeiten. Wichtig ist: In Mecklenburg-Vorpommern sind wir in dieser Frage auf einem guten Weg. Wir haben in den letzten Jahren hier schon viel erreicht. Die Kriminalität sank, die Aufklärungsquote ist gestiegen. Jetzt setzen wir gerade die ersten Maßnahmen der neuen Legislaturperiode um. Weitere Maßnahmen werden in den kommenden Monaten folgen.

Im Zuge der Flüchtlingskrise haben wir die Polizei bereits entlastet. 100 zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Diese haben wir genutzt, um Spezialisten einzustellen, darunter beispielsweise auch Islamwissenschaftler, um genau auf diese Tendenzen reagieren zu können, und IT-Experten. Außerdem haben wir zusätzliche Anwärterstellen geschaffen, um den Nachwuchsbedarf decken zu können. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir für mehr Präsenz in der Fläche noch mal 150 Polizisten zusätzlich einstellen. Die Zahl der Polizisten steigt damit von ursprünglich 5.800 auf 6.050. Weitere 150 Polizisten wollen wir durch Umorganisation innerhalb der Organisationsstruktur für den Einsatz in der Fläche gewinnen. Für

ein bevölkerungsarmes Land wie Mecklenburg-Vorpommern ist das alles zusammen ein großer Schritt nach vorn.

Hinzu kommt, wir werden unsere Polizei besser ausrüsten, damit sie bei Terrorlagen sofort handlungsfähig ist. Dazu gehören andere Schutzwesten und Helme, aber auch Langwaffen und ein gepanzertes Fahrzeug werden der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stehen.

Wir haben unsere Einsatztaktiken und Handlungskonzepte angepasst und entsprechende Übungen durchgeführt. Die gemeinsame Übung von Bund und Ländern gemeinsam mit der Bundeswehr in diesem Jahr ist auch ein Ergebnis, was vor zweieinhalb bis drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland noch unvorstellbar gewesen wäre. Es wäre unvorstellbar gewesen, dass wir solche gemeinsamen Übungen durchführen.

Wir werden die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen stärker nutzen und wir planen deutliche Verbesserungen bei der IT-Ausstattung. Wir werden Verbrecher und Staatsfeinde im Internet stärker verfolgen und wir werden das Zusammenwirken von OK und Terrorismus stärker unter die Lupe nehmen.

Mit all diesen Maßnahmen werden wir die Sicherheit im Land spürbar erhöhen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wir machen das, was wir auf Landesebene können. Das, meine Damen und Herren, ist das Sicherheitspaket der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

Zur Wahrheit gehört aber eben auch, viele Rahmenbedingungen können nur durch Bundesgesetze geändert werden und die Abwehr unserer Staatsfeinde erfordert eine bundesweite Zusammenarbeit. Der Blick auf Mecklenburg-Vorpommern allein bringt uns also nicht weiter. Der Bundesinnenminister und der Bundesjustizminister haben uns Vorschläge für eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit unterbreitet: Ausweitung der Schleierfahndung, stärkere Bekämpfung von Cybercrime, mehr Personal für Polizei- und Nachrichtendienste, Fußfessel et cetera. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich mich als Innenminister vielen dieser Forderungen anschließen kann, und auch eine stärkere Zentralisierung von Befugnissen bei den Bundesbehörden erachte ich nach wie vor als sinnvoll.

Der Föderalismus führt leider häufig dazu, dass viel zu viel Manpower für die Abstimmung der unterschiedlichen Behörden aufgewandt werden muss. Das ist Manpower, die uns möglicherweise an anderen Stellen fehlt. Dennoch sehe ich die Abschaffung der Landesverfassungsschutzämter kritisch. Ich glaube vielmehr, dass wir die Kompetenzen vor Ort in den Ländern brauchen, um regionale Entwicklung – ich sage mal das Stichwort „Jamel“ – zu betrachten, weil dieses auf Bundesebene in dem Umfang nicht stattfinden würde. Mir gehen die Vorschläge des Bundesinnenministers an der Stelle zu weit.

Gleichwohl finde ich es gut, auch neue Wege zu gehen und nicht pauschal an dem festzuhalten, nur weil es immer so war. Es kann nie schaden, auch mal seine eigene Position zu hinterfragen. Das gilt im Übrigen auch für die Asylpolitik. Tatsächlich dürfte auch der letzte Mensch begriffen haben, dass nicht jeder Flüchtling, der

zu uns kommt, nur mit guten Absichten gekommen ist. Auf der anderen Seite ist es genauso absurd, Herr Holm, die Bundeskanzlerin indirekt für die Anschläge von Berlin verantwortlich zu machen.

Es ist nun einmal Fakt, die größte Terrorgefahr geht von Islamisten aus, die mindestens schon ein paar Jahre hier leben, und ich warne alle Diskussionsteilnehmer inständig davor, Terrorgefahr und Flüchtlingsproblematik pauschal zu vermischen. Das, meine Damen und Herren Abgeordnete, geht nicht. Das wäre nicht nur gefährlich für den inneren Frieden unserer Gesellschaft, sondern ist eben auch inhaltlich falsch, denn so leicht ist es nicht. Grenzen zu und Terrorgefahr ist gebannt, das wird so nicht funktionieren, meine Damen und Herren Abgeordnete von der AfD, schon gar nicht in einem Land wie Deutschland, das auf offene Grenzen und die Freizügigkeit so angewiesen ist wie kaum ein zweites in der Welt. Deutschlands Wohlstand, der Wohlstand jedes Einzelnen von uns hängt ganz entscheidend ab von einem freien Personen- und Warenverkehr. Das sollten wir in unserem höchst eigenen Interesse nicht vergessen in der gesamten Diskussion.

(Leif-Erik Holm, AfD: Das will ja auch gar keiner abschaffen.)

Dennoch, grundsätzlich können wir gewisse Risiken,

(Leif-Erik Holm, AfD: Das will auch gar keiner abschaffen.)

dennoch können wir grundsätzlich gewisse Risiken minimieren. Deshalb sind wir gut beraten, den Umbau unseres Asylsystems weiter voranzutreiben. Asylbewerber, die bei der Identitätsfeststellung nicht kooperieren, die keine Asylgründe nachweisen können, die straffällig werden, sich nicht integrieren wollen und unsere Werte nicht achten, dürfen kein Bleiberecht auf Dauer erhalten. Sie müssen ausreisen oder abgeschoben werden. Hier wurden bereits Gesetze verschärft und Asylverfahren beschleunigt.

Leider müssen wir feststellen, dass das offensichtlich immer noch nicht ausreicht. Deshalb hat der Bundesminister vorgeschlagen, die Zuständigkeiten beim Bund zu konzentrieren und Ausreisezentren einzurichten. Wenn das hilft, warum sollte man darüber nicht ergebnisoffen diskutieren. Außerdem sollten wir die Möglichkeit der Abschiebekraft stärker nutzen. Ich kann es jedenfalls keinem Bürger auf der Straße erklären, warum wir einen ausreisepflichtigen Gefährder frei in Deutschland umherlaufen lassen. Womöglich hätten wir mit entsprechenden Gesetzesänderungen oder schlicht durch konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze sogar den Berliner Attentäter dingfest machen können, bevor er seine schrecklichen Pläne umsetzen konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Holger Arppe, AfD: Richtig.)

Wir müssen hier deutliche Fortschritte erzielen, darüber gibt es überhaupt kein Diskussionsdefizit, zur Not auch mit einem weiteren Asylopaket. Die Landesregierung ist jedenfalls offen für konstruktive Gespräche mit dem Bund über Maßnahmen und Gesetzesänderungen. Und was die Frage der Maghreb-Staaten betrifft, dazu hat die Landesregierung sich schon immer positiv gestellt, aber man braucht 35 Stimmen plus X, um die Mehrheit zu

haben, und die war bis vor Kurzem im Bundesrat nicht erreichbar.

(Zuruf aus dem Plenum: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, neue Maßnahmen und Gesetzesänderungen sind genau das, was man von dem Sicherheitskonzept der AfD leider nicht sagen kann. Nun, liebe Kollegen der AfD, aus meiner Sicht gibt es zwei Lesarten für Ihr Konzept – eine wohlwollende und eine weniger wohlwollende. Die wohlwollende lautet, in Sachen Populismus ist Ihr sogenanntes 5-Punkte-Programm nicht ganz so schlimm geworden, wie ich es erwartet habe. Die nicht so wohlwollende lautet, dieses Papier ist kalter Kaffee, es ist ein Aufguss und es ist eine Kopie von vielen Dingen, die bereits stattfinden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall Thomas Krüger, SPD –
Zurufe von Holger Arppe, AfD,
und Torsten Renz, CDU)

Da beraumen Sie eine völlig unnötige Sondersitzung an, kündigen vollmundig ein eigenes Sicherheitskonzept an und dann legen Sie dieses dünne Papier vor. Ganz ehrlich, ich finde das peinlich. Fast alles ist bei der Bundesregierung abgeschrieben. Ich will Ihnen das gern erklären.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich versuche es kurz zu machen, damit es für alle Parlamentsneulinge nicht zu unangenehm wird.

(Zuruf von Leif-Erik Holm, AfD)

Thema Grenzen – das diskutieren wir nun schon seit Monaten. Der Bundesinnenminister hat in der EU wiederholt durchgedrückt, im Übrigen gegen massive Widerstände in Europa, dass wir die Grenzkontrollen weiter durchführen können.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Rückkehr zum Dublin-Verfahren ist längst beschlossen und wird schrittweise von den Ländern umgesetzt. Selbst nach Griechenland sind Überstellungen wieder möglich und werden auch durchgeführt. Die Asylzentren an der EU-Außengrenze – die AfD nennt sie Transitzentren – gibt es bereits. Ich verstehe diese Forderung schlicht nicht. Zur Polizei habe ich bereits Ausführungen gemacht,

(Zuruf von Leif-Erik Holm, AfD)

ja, wir stocken doch bereits die Polizei auf und das machen wir so schnell wie möglich, auch wenn es natürlich nie schnell genug gehen kann. So ein neuer Polizist muss erst mal ausgebildet werden und die Ausbildungszeit dauert eben zwei beziehungsweise drei Jahre.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Eine Stationierung einer Einheit der Einsatzhundertschaft in Anklam ist längst beschlossene Sache. Also was soll Ihr Papier? Selbst das Thema Fußfesseln steht längst auf der Tagesordnung. Heute werden der Bundesinnenminister und der Bundesjustizminister sich dazu verständigen. Der Bund hat für bestimmte Fälle bereits einen Gesetzesvorschlag vorgelegt und wenn wir unser Sicherheits- und Ordnungsgesetz novellieren, werden wir uns

natürlich auch mit entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen, das gehört dann auch dazu, für Gefährder auseinandersetzen.

Dann hat die Innenministerkonferenz jüngst einen wegweisenden Beschluss gefasst, die IT der Polizeien von Bund und Länder zu vereinheitlichen. Davon nimmt man in der Öffentlichkeit und in der AfD natürlich keine Notiz, aber es kommt fast einer Revolution gleich in der Sicherheitsarchitektur Deutschlands, wenn sich alle Länder und der Bund verständigt haben, nun endlich eine vereinheitlichte Sicherheitsarchitektur zum Thema IT zu betreiben.

Interessant finde ich die Idee, die biometrischen Daten, wie es in Ihrem Papier heißt, aller eingereisten Ausländer zu erfassen. Da werden sich Franzosen, Schweden und Österreicher freuen, wenn sie nach Deutschland kommen. Ansonsten kann ich Ihnen mitteilen, dass wir keinen Flüchtling ins Land lassen, ohne seine Fingerabdrücke zu erfassen, und Fingerabdrücke reichen völlig aus, um eine Person zweifelsfrei zu identifizieren und Missbrauch zu verhindern.

Weiter geht es mit der Asylpolitik. Sie fordern den Sachleistungszwang für ausreisepflichtige Asylbewerber. Guten Morgen, liebe Kollegen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

das ist längst beschlossene Gesetzeslage!

Sie fordern, junge Asylbewerber, deren Minderjährigkeit bezweifelt wird, medizinisch zu untersuchen. Ja, was, glauben Sie, machen wir denn?!

(Holger Arppe, AfD: Gar nichts! –
Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Alle minderjährigen unbegleiteten Ausländer, die ihre Minderjährigkeit nicht durch Ausweispapiere nachweisen können, müssen sich einem behördlichen Verfahren – und das ist nun mal in Deutschland geregelt nach Paragraph 42f Sozialgesetzbuch VIII – mit einer qualifizierten Inaugenscheinnahme und ärztlichen Untersuchung unterziehen. Diese Fälle sind in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern alle geregelt, nur liegt es in der Natur der Sache, dass das Alter mittels solcher Untersuchungen nicht immer exakt bestimmt werden kann.

Dann sollten Sie vernommen haben, dass auf Bundesebene intensiv über Ausreisezentren diskutiert wird. Was soll die Forderung nach speziell gesicherten Asylbewerberheimen? Damit bleiben Sie ja sogar hinter den Forderungen mancher LINKER zurück. Und auch der Ruf nach Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft wirkt seltsam deplatziert. Erst mal ist es so, wie es bei Ihnen im Papier steht, völliger Quatsch, denn niemand will die doppelte Staatsbürgerschaft in der Form abschaffen – das müssten Sie in der Diskussion auch verstanden haben –, sondern es geht um einen Kompromissvorschlag aus dem Jahr 2012. Keinem Franzosen, der schon seit vielen Jahren in Deutschland lebt, soll die deutsche Staatsbürgerschaft in Ergänzung zu seiner französischen verwehrt werden. Sie meinen sicherlich die Optionspflicht, das steht aber nicht in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die haben keinen Antrag.)

Aber auch diese Frage ist ja schon längst in der Diskussion, auch wenn sie von den Parteien bisher unterschiedlich beantwortet wird, aber das gehört zur Demokratie dazu. Und selbst auf den Burka-Zug ist die AfD noch schnell aufgesprungen, aber auch hier sind entsprechende gesetzliche Regelungen längst in Arbeit.

Unterm Strich, liebe Kollegen von der AfD, ist dieser Auftritt wirklich blamabel. Sicherheitspolitik ist schon ein bisschen mehr als etwa Copy and Paste zwischen den Jahren. Sie haben ja noch ein paar Jahre zum Üben, also empfehle ich Ihnen vor der nächsten Initiative in diesem Landtag eine Qualitätskontrolle Ihres eigenen Antrages. Dieses Konzept, was Sie hier vorlegten, kann auf jeden Fall zu den Akten.

Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen Abgeordnete! Die Diskussionen über Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit werden nach wie vor anhalten und sie werden uns auch noch lange beschäftigen. Es wird gewiss noch viele neue Vorschläge geben, die das Licht der Welt erblicken, ob sie alle gehaltvoll sind, ist eine andere Frage. Die wichtigste Rolle spielt der Bund. In den Bundesministerien werden gerade viele Ideen geboren. Sobald uns etwas Konkretes vorliegt, werden wir uns intensiv als Landesregierung, aber auch als Parlament beziehungsweise in den Fachausschüssen damit beschäftigen. Es wird aber noch etliche Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher schlicht zu früh, um alle geplanten Maßnahmen abschließend bewerten zu können.

Dennoch sollte sich jeder von uns schon jetzt fragen, was uns die Sicherheit in unserer Bundesrepublik Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern wert ist. Wir leben in einem freien Land mit freien Bürgern. Unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft hat uns Freiheit, Frieden, Stabilität, Zufriedenheit und Wohlstand gebracht. Den Menschen in Deutschland geht es so gut wie nie zuvor.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir wären schlecht beraten, wenn wir diese freie Gesellschaft für eine grenzenlose Sicherheit opfern würden. Aber ich frage Sie: Wer will das denn überhaupt schon? Wann immer ein Vorschlag für schärfere Sicherheitsgesetze kommt, werden der Überwachungsstaat und ein Angriff auf die Grundrechte ausgerufen. Geht es nicht auch eine Nummer kleiner?

Wenn auf dem Marienplatz in Schwerin Kameras installiert werden, deren Bildmaterial nur dann gesichtet wird, wenn dort zuvor eine Straftat stattfand, ist das dann wirklich ein massiver Eingriff in die Grundrechte der Bürger? In Berlin wurde mithilfe von Überwachungskameras ein Mann überführt, der eine junge Frau brutal eine Treppe hinuntergetreten haben soll. Glauben Sie wirklich, dass irgendeiner der Passanten im betroffenen Bahnhof Hermannstraße sich dort durch die vorhandenen Kameras in seinen Grundrechten verletzt fühlt?

Nach wie vor reden manche vom Datenschutz so, als ob in den Behörden der Bundesrepublik Tausende Beamte sitzen, die nur darauf warten, unschuldige Bürger auszuspiionieren.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Nach wie vor reden manche vom Verfassungsschutz so, als ob er die größte Gefahr für unsere Demokratie ist.

Und nach wie vor reden manche vom Trennungsgebot zwischen Nachrichtendienst und Polizei so, als ob eine Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten bevorsteht. Es ist ja löblich und verständlich, wenn wir unser Handeln auch angesichts und gerade angesichts unserer Vergangenheit immer wieder hinterfragen, aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir leben im Jahr 2017. Deutschland ist keine Diktatur, Deutschland ist kein totalitäres System, wir haben weder Gestapo noch Stasi. So manchen Kommentar und so manchen Kommentator würde ich gern endlich in die Wirklichkeit mitnehmen.

Wilhelm von Humboldt sagte einst: „Ohne Sicherheit keine Freiheit“. Doch wo stehen wir heute? Laut einer jüngsten Umfrage fühlt sich mehr als die Hälfte der Frauen in der Öffentlichkeit unsicherer als früher. Darauf muss Politik reagieren. Darauf müssen wir alle gemeinsam eine Antwort geben. Was bringt uns die theoretische vollständige Freiheit der Bürger, wenn sich dieser vor Angst nachts nicht mehr auf die Straße traut. Wir brauchen keine Freiheit auf dem Papier, sondern wir brauchen die tatsächliche Freiheit der Menschen im Kopf, im Alltag, auf öffentlichen Plätzen, auf den Weihnachtsmärkten, und das schaffen wir nur mit einem starken Staat, mit starken Sicherheitsbehörden, die über die notwendigen Ausstattungen und die notwendigen Befugnisse verfügen.

Ich möchte jeden ermutigen, seine eigenen Standpunkte zu hinterfragen und sich angesichts der aktuellen Bedrohungslage kritisch mit eigenen Dogmen auseinanderzusetzen. Etwas Selbstreflexion kann in diesen Zeiten niemandem schaden. Da schließt sich auch der Innenminister nicht aus, und zwar auf allen Seiten. Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sie wirksam schützt, und sie haben einen Anspruch darauf, dass die Politik konstruktiv ohne Schaum vorm Mund, aber auch ohne Scheuklappen über das Thema Sicherheit diskutiert. Deutschland ist ein starker, ein sicherer und ein freier Rechtsstaat. Diesen müssen wir gemeinsam verteidigen. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie, das ist unsere Aufgabe, das ist unsere Pflicht. Dieser stellen wir uns. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Durch die Überschreitung der angemeldeten Redezeit hat die Fraktion der AfD zusätzliche acht Minuten und die Fraktion der LINKEN zusätzliche vier Minuten zur Verfügung.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friedriszik für die Fraktion der SPD.

Dirk Friedriszik, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit tiefer Betroffenheit haben wir von dem Anschlag am 19. Dezember in Berlin erfahren. Es war eine unfassbar traurige Nachricht. Die Grausamkeit dieses Anschlages hat uns tief erschüttert und berührt. Wir trauern um die Opfer, die nicht nur aus Deutschland stammen. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gehört den Familien, den Angehörigen und den Freunden. Zugleich gilt unser Dank und Respekt den Mitarbeitern der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungskräfte sowie allen anderen, die in dieser dramatischen Si-

tuation geholfen haben. Sie haben schnell, besonnen und professionell reagiert.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt, aber wir alle wussten und wissen, dass auch die Bundesrepublik Deutschland im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus steht. Wir haben in der Vergangenheit Anschläge in unseren europäischen Nachbarländern und in der Türkei erleben müssen. Dank der Arbeit der Sicherheitsbehörden und der Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten ist es lange Zeit gelungen, dass es in Deutschland zu keinen Anschlägen kam. Seit dem letzten Jahr ist dieses leider anders. Die Ereignisse in Würzburg, Ansbach und in Berlin haben auf traurige Weise gezeigt, dass auch Deutschland zur Zielscheibe des islamistischen Terrorismus geworden ist.

Meine Damen und Herren, wenn es jetzt darum geht, die richtigen Konsequenzen aus dem Anschlag zu ziehen, sollte uns bewusst sein, dass wir dabei nicht am Anfang stehen. Seit den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 ist die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus eine permanente Aufgabe. Seitdem gab es eine Vielzahl umfangreicher gesetzlicher Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, Deutschland sicherer zu machen. Auch in dieser Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag zusätzliche Gesetze zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet, die Sicherheitsbehörden werden mit mehr Personal und zusätzlichen Mitteln gestärkt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, auch wenn allen bewusst ist, dass es keine absolut hundertprozentige Sicherheit gibt, hat der Staat die Sicherheit und Freiheit der Menschen bestmöglich zu schützen. Terroristische Attentäter wollen die Gesellschaft einschüchtern, ein Klima der Angst und Bedrohung schaffen. Der Rechtsstaat muss dieser Bedrohung entschlossen und selbstbewusst entgegenreten. Daher gilt es, sorgfältig zu analysieren, welche Maßnahmen zur effektiveren Bekämpfung etwa von islamistischen Gefährdungen zu ergreifen sind. Dabei geht es unter anderem um die Frage, welche zusätzlichen Befugnisse die Behörden brauchen und ob das rechtliche Instrumentarium ausreichend ist. Alle diese Fragen wollen wir aber nicht mit unbesonnener Hektik, sondern mit klarem Verstand beraten. Ein Anschlag darf uns nicht in ein Klima der Angst und des Hasses versetzen. Gefühle dürfen gegenüber der Vernunft nicht die Oberhand gewinnen. Dann hätte der Terror nämlich sein Ziel erreicht.

Herr Holm, Sie sagten mir kürzlich, wir hätten ein gemeinsames politisches Vorbild. Meins ist Helmut Schmidt und der hat gesagt, bei allem Zorn ist es wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren.

(Leif-Erik Holm, AfD: Völlig richtig.)

Meine Damen und Herren, daher sollten wir die Debatte über die rechts- und sicherheitspolitischen Konsequenzen zügig, aber mit Besonnenheit führen. Statt das Attentat zu parteipolitisch motivierten Kampagnen zu nutzen, muss rasch, aber mit gebotener Seriosität über die Konsequenzen aus den Ereignissen beraten werden. Entscheidend ist es, dass zusätzliche Maßnahmen und rechtliche Änderungen tatsächlich die Sicherheit erhöhen. Populistischer Aktionismus ist fehl am Platz. Es geht um ein Mehr an Sicherheit.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, niemand sollte versuchen, den schrecklichen Anschlag für die eigenen

politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Wer dieses trotzdem tut, handelt verantwortungslos und verhöhnt die Opfer. Ich würde mir wünschen, dass die AfD-Fraktion zukünftig einmal die Gelegenheit für populistische Aktionen verschläft, und nicht nur Ausschuss- und Landtags-sitzungen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, unsere Sicherheit und unsere Freiheit müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln schützen. Der islamistische Terror will Angst schüren und das Fundament unserer Gesellschaft erschüttern. Das lassen wir nicht zu. Eine freie und offene Gesellschaft ist verletzlich, aber nicht wehrlos. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kramer für die Fraktion der AfD.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Mecklenburger und Vorpommern! Besonders freue ich mich, hinten im Auditorium auch Polizeibeamte zu sehen.

Jeder Bürger, der als Gast diesen Landtag betreten möchte, wird an der Pforte einer ausgiebigen Sicherheitsüberprüfung unterzogen, Metalldetektor inklusive. Der Eingang zum Landtag kann vom fleißigen Sicherheitspersonal jederzeit durch Metallgitter verschlossen werden. Damit sollen die Abgeordneten vor etwaigen Angriffen geschützt und ungebetene Gäste ferngehalten werden. Hätte sich der Berliner Attentäter Anis Amri in die Luft sprengen wollen, er wäre am Sicherheitspersonal gescheitert und hätte sicherlich einige Wachleute in den Tod gerissen. Sie aber, meine Damen und Herren von der SPD, CDU und Linkspartei, wären verschont geblieben.

(Zuruf aus dem Plenum: Sie auch!)

Nun versetzen Sie sich in die Lage der einfachen Bürger, die mit ihren Steuergeldern gepanzerte Limousinen, Personenschützer und die Sicherheitsvorkehrungen in den Ministerien bezahlen. Diesen Menschen erzählen Sie allen Ernstes, dass es hinnehmbar sein soll, wenn Personen, die wegen fehlender Pässe nicht einmal in den Landtag dürften, einfach so in unser Land spazieren können, dass Zäune keine Sicherheit schaffen und dass sich Terroranschläge nie ganz verhindern lassen. Was für ein unerträglicher Zynismus!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 19. Dezember 2016 wird in die Geschichtsbücher eingehen als trauriger Höhepunkt eines Jahres, in dem der islamistische Terror Deutschland endgültig erreicht hat. 12 Menschen verloren ihr Leben, mehr als 50 wurden zum Teil schwer verletzt.

Und das ist doch nur die Spitze des Eisberges. Am 30. November 2016 berichtete die „Ostsee-Zeitung“ über die steigende Terrorgefahr in Mecklenburg-Vorpommern, ich zitiere: „Das Landeskriminalamt ... registriert in diesem Jahr einen Anstieg von Verdachtsfällen auf Straftaten mit

möglichen Verbindungen zum ‚Islamischen Staat‘ ... oder anderen Terror-Organisationen. Parallel wird in 81 Fällen wegen gefälschter Pässe von Flüchtlingen strafrechtlich ermittelt.“ Zitatende. Ermittelt wird unter anderem wegen Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat oder der Gefährdung des öffentlichen Friedens. Ihr Sprecher, Herr Caffier, gab dabei zu Protokoll, es gäbe, Zitat, „Bezüge zu terroristischen Vereinigungen im Ausland wie dem IS, der Jabhat al Nusra oder den Taliban“. Zitatende.

Die zunehmende Gefahr terroristischer Aktivitäten in unserer Heimat ist Ihnen also bestens bekannt. Was hat die Landesregierung seitdem gemacht? Genau: Nichts! Kein weiteres Personal für die Sicherheitsbehörden,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch.)

keine Bundesratsinitiative, um Abschiebungen zu erleichtern,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

kein verstärkter Kampf gegen Islamisten.

(Thomas Krüger, SPD: Nicht richtig.)

Sie lehnen sich einfach zurück und vertrauen darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern schon nicht ins Visier von Terroristen gerät. Ich werde Ihnen sagen, worauf ich vertraue: auf die Polizisten, die jeden Tag ihre Knochen hinhalten, bei Wind und Wetter, zu jeder Uhrzeit und an jedem Feiertag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie wird ihnen von dieser Landesregierung für ihren unermüdlichen Einsatz gedankt? Versprechen nach einer deutlichen Personalaufstockung wurden, ohne mit der Wimper zu zucken, gebrochen. Die Beamten arbeiten bis zur Belastungsgrenze und darüber hinaus. Die Zahl der Überstunden ist auf einen Wert jenseits von Gut und Böse gestiegen. Diese unhaltbaren Zustände sind ein Grund, warum wir diese Sondersitzung einberufen haben, um Sie aus Ihrem Dornröschenschlaf zu wecken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Eine Wartehaltung ist unverantwortlich, jetzt muss gehandelt werden. Also Butter bei die Fische, Folgendes muss passieren:

Erstens müssen Sie das verständliche Bedürfnis der Bürger nach mehr und echter Sicherheit stillen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber nicht durch Panikmache, Mensch!)

Das sind wir all unseren Wählern und auch den Nichtwählern schuldig. Dazu ist es unerlässlich, die Polizei-Präsenz in der Fläche zu stärken.

(Thomas Krüger, SPD:
Das tun wir doch)

Die nun versprochenen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wohlgemerkt bestenfalls versprochenen 150 neuen Polizeistellen sind ebenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Thomas Krüger, SPD: Es werden
300 mehr auf der Straße sein.)

Die Gewerkschaft der Polizei, der auch ich angehöre, hat das völlig zu Recht als sicherheitspolitischen Offenbarungseid bezeichnet. Mit Wohlwollen nehme ich Ihre Ankündigung, Herr Innenminister, zur Kenntnis.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Ach, hat er doch was gehört!)

Ja, natürlich habe ich zugehört, sehr aufmerksam sogar.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich nehme Ihre Ankündigung zur Kenntnis, Herr Innenminister. Sie brauchen eine wesentlich größere personelle Aufstockung. Verlieren Sie keine Zeit, Herr Caffier! Sie wissen, dass die Ausbildung Jahre dauert. Handeln Sie, hauen Sie auf den Tisch! Zeigen Sie doch mal, dass Sie mehr sind als ein reiner Ankündigungsminister!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schaffen Sie die 550 versprochenen Stellen! Unsere Unterstützung haben Sie.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die erneute Stationierung einer dritten Einsatzhundertschaft im Raum Anklam. Ja, auch die ist Bestandteil des Koalitionsvertrages, aber wie lange wollen wir denn noch darüber diskutieren?

(Thomas Krüger, SPD: Gar nicht. –
Martina Tegtmeier, SPD: Gar nicht mehr.)

Nachdem diese im Mai 2003 gegen jede Vernunft aufgelöst wurde, waren deren Aufgaben dann zum Großteil vom „Einsatzzug besondere Lagen“, kurz EbL, übernommen worden, bis eben jener EbL der Strukturreform 2011 zum Opfer fiel. Die Begründung dafür spricht Bände. „Stehende Einheiten können wir uns nicht leisten“, argumentierte damals Staatssekretär Thomas Lenz. Es ist kein Geheimnis, dass sowohl die dritte Einsatzhundertschaft als auch der EbL keine stehenden Einheiten waren, ganz im Gegenteil. Derzeit werden zur Bekämpfung der Grenzkriminalität Gruppen von Hundertschaften aus Schwerin und Rostock nach Ostvorpommern verschickt, um dort die Grenzkriminalität einzudämmen, die es angeblich gar nicht gibt. Das ist doch kein Zustand, also her mit der dritten Hundertschaft!

Im Übrigen ist der Ruf der Landes-CDU, namentlich Frau Schlupp, nach mehr Bundespolizisten an der Grenze durchaus verständlich. Ja, wir brauchen ein größeres Engagement der Bundespolizei, aber, werte Frau Schlupp, wer ist denn für die Bundespolizei zuständig?

(Beate Schlupp, CDU:
Na, nicht das Land.)

Genau, Ihr Parteifreund Thomas de Maizière. Seit 2005 stellt die Union den Bundesinnenminister. Jetzt, fast zehn Jahre nach dem Wegfall der Grenzkontrollen, fällt Ihnen

ein, dass Sie mehr Bundespolizei brauchen?! Das kann Ihnen doch wirklich keiner abnehmen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Beate Schlupp, CDU: Das hab ich immer gesagt. Sie müssen besser recherchieren.)

Ja, das stimmt. Das streiten wir auch gar nicht ab, aber was ist denn in den letzten zehn Jahren passiert? Seien Sie doch so ehrlich und gestehen Sie sich ein, dass Mecklenburg-Vorpommern so gut wie keinen Einfluss in Berlin hat!

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind ja erst mal ein Schnacker!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ist Ihnen das nicht peinlich? Spüren Sie die Verantwortung gegenüber unseren Bürgern nicht? Sie hätten die Chance gehabt, jahrelang hier noch etwas umzusetzen. Wir hören immer nur Ankündigungen und Überlegungen.

(Thomas Krüger, SPD: Die staatlichen Ebenen neben der Bundesregierung sind Ihnen bekannt, ja?)

Ja, natürlich sind mir die bekannt.

(Thomas Krüger, SPD: Ich wollte nur noch mal nachfragen.)

Ich stehe Ihnen auch gern Rede und Antwort.

Zweitens ist es zur Stärkung der inneren Sicherheit dringend notwendig, die Auslegung im Rahmen der Terrorabwehr von Spezialeinheiten, hier also das Spezialeinsatzkommando Mecklenburg-Vorpommerns, zu intensivieren. Erhöhen Sie die Mannstärke, verbessern Sie die Ausrüstung! Sie haben angekündigt, wir haben jetzt einen gepanzerten Wagen. Hervorragend! Die SEKs sind der beste Schutz, um Terroristen und die organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Auch haben wir vom Innenminister gehört, dass es mittlerweile eine Struktur gibt, die eine einheitliche Datentechnik zur Verfügung stellt,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ein Lob nach dem anderen hier.)

aber bei dieser einheitlichen Datentechnik bedarf es ebenfalls, dass alle Zugriff darauf haben, auch in der Fläche. Auf diese Daten müssen die Behörden uneingeschränkten Zugriff bekommen, damit zum Beispiel Fingerabdruckverifikation und Fingerabdruckidentifikation möglich sind. Jedoch muss sichergestellt werden ...

(Thomas Krüger, SPD: Warum gehen Sie damit nicht in den Ausschuss und diskutieren das? Warum legen Sie hier nicht einen Antrag vor?)

Herr Krüger, zu den Anträgen kommen wir noch.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Sie haben doch gar keinen gestellt!)

Drittens. Es muss sichergestellt werden, dass jeder bisher eingereiste und einreisende Asylbewerber ...

(Thomas Krüger, SPD: Wir hätten uns gern damit befasst, aber es liegt ja gar nichts vor.)

Herr Krüger, heute geht es uns darum, Aufmerksamkeit zu erzeugen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe aus dem Plenum: Genau, genau.)

nicht nur für die AfD, sondern auch bei Ihnen, um das Bewusstsein zu stärken, dass wir eine Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Ja, Sie haben ja unsere Redner gehört und die Aufmerksamkeit ist da.)

Wir laden ...

(Thomas Krüger, SPD: Wo bleibt Ihr Konzept im Ausschuss? Wo bleibt Ihr Konzept im Parlament? Nichts da! – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir haben nichts.)

Die Ausschüsse tagen doch nächste Woche, es beginnt jetzt am Donnerstag schon.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir laden Sie zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ein und werden uns dann gemeinsam über das Positionspapier beugen und beraten, was davon umsetzbar ist.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Das werden Sie dann auch zu sehen bekommen.

Jedenfalls ist die unkontrollierte Migration nach Europa und Deutschland ein absolutes Sicherheitsrisiko, welches schon lange nicht mehr hinnehmbar ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte 2015, auf dem Höhepunkt der Masseneinwanderung Hunderttausender Asylsuchender, Zitat: „Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option“.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Das bringt mich zum vierten Punkt.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Doch, Abschottung ist eine vernünftige Option. Die Abschottung vor Terroristen, der organisierten Kriminalität, ausländischen Einbrecherbanden und illegalen Einwanderern ist sogar die Pflicht dieses Staates.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wer seine Grenzen nicht wirksam kontrolliert, muss früher oder später Innenstädte abriegeln. Wollen Sie hier tatsächlich Kölner Verhältnisse? Wollen wir wirklich ab sofort alle Volksfeste, Silvesterfeiern, Weihnachtsmärkte, Konzerte und andere Großveranstaltungen mit Betonklötzen absichern? Ich möchte nicht, dass unsere Kinder in einer Welt aufwachsen, in der mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten zum Alltag werden. Daher ist es

unsere Pflicht als Vertreter des Volkes, den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land zurückzugewinnen und für eine sichere Zukunft zu sorgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Welche konkreten Vorschläge
haben Sie denn jetzt für das Landesparlament?)

Die konkreten Vorschläge werden Sie noch zu sehen bekommen, Herr Renz.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Thomas Krüger, SPD: Ja, wo sind sie?
Wir machen das alles für das Landesparlament.
Schlagen Sie doch mal etwas vor!)

Herr Krüger, Sie bekommen konkrete Vorschläge, aber nicht heute, sonst hätten wir sie eingereicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU:
Die müssen Sie erst mal erstellen, ja? –
Jochen Schulte, SPD: Die brauchen noch fünf
Jahre. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Nö, die haben wir schon in der Tasche. Jaja, na klar.

(Zuruf aus dem Plenum:
Ich hab noch keinen gekriegt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Ihnen noch immer nicht klar ist, wie angreifbar wir geworden sind, wenn Sie immer noch nicht einsehen wollen, dass jetzt Geld in die Hand genommen werden muss,

(Jochen Schulte, SPD: Ist Ihnen eigentlich klar,
wie viel diese Debatte kostet, ohne dass Sie
einen einzigen konkreten Vorschlag machen?!)

wenn Sie noch immer nicht verstehen, dass die Bürger mehr verdient haben als ständig gebrochene Wahlversprechen, wenn Sie noch immer glauben, der Terrorkegel geht an Mecklenburg-Vorpommern vorbei, bleibt Ihnen nur eine Möglichkeit, um den Rest Ihrer Glaubwürdigkeit zu behalten: Schaffen Sie die Personenkontrollen hier im Landtag ab! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Anschlag in Berlin hat uns alle fassungslos gemacht und erschüttert, meine Vorredner haben dies bereits deutlich gemacht. Und dem möchte sich meine Fraktion und möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

Aber – und so können Sie es den Worten des Innenministers heute, aber auch in den vergangenen Wochen entnehmen und so können Sie es den Pressemitteilungen zur Sicherheitslage der letzten Monate entnehmen – in Deutschland bestand bereits vor dem Anschlag in Berlin

eine sogenannte „abstrakte Terrorgefahr“. Deutschland mit seiner demokratischen Kultur und seiner toleranten Lebensweise ist ein potenzielles Ziel des Terrorismus. Deutschland ist das Sinnbild für Demokratie, für christliche Religion, aber auch für Religionsfreiheit. Damit sind wir Zielscheibe für Menschen, die eben diese – unsere! – Lebensweise ablehnen. Deshalb waren wir in den vergangenen Jahren Angriffsziel und deshalb werden wir es wohl auch zukünftig leider bleiben.

Die Polizisten, Verfassungsschützer und politischen Verantwortungsträger wissen dies und haben das auch im Vorfeld der Weihnachtsmarkteröffnung öffentlich angesprochen und darauf hingewiesen. Gut besuchte Weihnachtsmärkte mit ihrem religiösen Hintergrund und vielen potenziellen Opfern gelten bereits seit dem Jahr 2000, seitdem eine algerische Schläferzelle den Straßburger Weihnachtsmarkt ins Visier nahm, als bevorzugte Ziele für islamistischen Terror. Deshalb haben sowohl der Bundesinnenminister als auch seine Kollegen in den Ländern im Vorfeld der Weihnachtszeit darauf hingewiesen, dass die Lage ernst sei, es aber keinen Grund zur Panik gebe.

Aus diesem Grund wurden auch in Mecklenburg-Vorpommern die Sicherheitsvorkehrungen vor Ort verschärft, so wie auch bereits die Jahre zuvor, denn diese abstrakte terroristische Gefahr besteht nicht erst seit dem Jahr 2016, so, wie Sie es hier mit Ihrem Antrag für die heutige Sondersitzung suggerieren. In Deutschland hat es vor Berlin seit dem Jahr 2000 mindestens 15 Anschläge oder Anschlagversuche gegeben. Die meisten konnten verhindert werden oder schlugen fehl. Daran kann man sehen, dass unsere Sicherheitsbehörden nicht überlegen, wie zu handeln ist, sondern dass sie handeln.

Diese Terrorgefahr kann deshalb auch nicht mit der Flüchtlingskrise gleichgesetzt werden. Die Sauerland-Gruppe bestand bis zum Jahr 2007. Der Weihnachtsmarkt in Straßburg sollte im Jahr 2000 Anschlagziel werden. Ich hatte es bereits erwähnt. Die Kofferbomber von Köln agierten 2006. Das sind alles terroristische Anschläge weit vor der Flüchtlingskrise und alles Anschläge oder Anschlagversuche im Namen von Al Kaida oder IS.

Die Gefahr eines terroristischen Anschlags in Deutschland gibt es schon seit Jahren. Deshalb ist das Bewältigen von Terrorlagen nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland fester Bestandteil von Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte, insbesondere auch der Polizei. Aber auch Krankenhäuser haben sich darauf eingestellt. Nach dem Anschlag wurde in Berlin in den Krankenhäusern der Katastrophenfall ausgerufen. Allein in den beiden größten Krankenhäusern der Stadt waren jeweils 1.000 Menschen an medizinischem Personal im Einsatz. Vor Ort am Breitscheidplatz waren 500 Beamte beziehungsweise Helferinnen und Helfer im Einsatz. Die Handelnden vor Ort in Berlin haben professionell agiert. Das zeigt, dass Polizei, Einsatzkräfte und Ärzte aufgrund der eingeschätzten Sicherheitslage definitiv vorbereitet sind.

Und unsere Aufgabe als politisch Verantwortliche ist es, denjenigen, die sich beruflich mit Terroristen beschäftigen müssen, denjenigen, die sich zum Beruf gemacht haben, unsere Lebensweise gegen Angriffe zu schützen, denen müssen wir eine Ausstattung zukommen lassen, damit sie ihre Aufgabe zuverlässig erledigen können. Das bedeutet mehr Personal im Sicherheitsbereich, eine

Sicherheitsausrüstung auf dem neusten Stand und hervorragende technische Unterstützung.

Wir sind dort, was Mecklenburg-Vorpommern angeht, auf einem sehr guten Weg. Im Haushalt 2016/2017 wurden gerade die Gelder für ballistische Helme, Schutzwesten und andere Schutzausstattungen und Ausrüstungsgegenstände bereitgestellt. Und angesichts der Sicherheitslage wird meine Fraktion weiterhin darauf drängen, die Sicherheitsausrüstung der Polizisten noch weiter zu verbessern. Das ist gut investiertes Geld.

Aber wir müssen eben auch die Ermittlungsmöglichkeiten verbessern. Ich habe keine Lust mehr auf Diskussionen über Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen und den Spruch: Eine Videokamera hat noch keine Straftat, noch keinen Terroranschlag verhindert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber so.)

Meine Fraktion hat dafür gesorgt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass das Thema der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen in Mecklenburg-Vorpommern im Koalitionsvertrag überhaupt thematisiert wurde.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Ich vertraue darauf, dass auch der Koalitionspartner die Zeichen der Zeit erkennt, aufgrund der realen Vorkommnisse seine Ansichten überdenkt und dem Prüfauftrag entsprechend positiv gegenübersteht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Eines können wir doch sicher sagen: In die Köpfe von Menschen können wir nicht hineinschauen.

(Jochen Schulte, SPD:
Auch nicht mit Videokameras.)

Wir sehen niemandem an, ob er mit terroristischen Absichten in unser Land kommt oder sich hier radikalisiert wird. Präventiv können wir zwar viel machen – Aufklärung, Integration, Observation und Ermittlung –, aber in den Kopf, in die Gedanken eines Terroristen kommen wir nicht hinein.

Die Arbeit der Verfassungsschützer in den letzten Jahren in diesem Punkt war schon hervorragend. Das muss man einfach mit Blick auf die Ereignisse in Frankreich und in Belgien sagen. Aber den absoluten Schutz kann es in einem freien Staat nicht geben. Die Gefährdung von sogenannten weichen Zielen hat es bisher gegeben und wird es wohl leider auch weiter geben. Deshalb müssen wir auf ein Danach vorbereitet sein. Wenn wir die Gefahr eines terroristischen Anschlages trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen schon nicht komplett verhindern können, dann müssen wir jedoch jede Möglichkeit ergreifen dürfen, um den Terrorverantwortlichen zu finden und zur Verantwortung ziehen zu können. Da können wir doch nicht ernsthaft den Ermittlungsbehörden wichtige Ermittlungsinstrumente wie Videokameras, Vorratsdatenspeicherung und Funkzellenabfrage mit dem Hinweis auf ein Datenschutzrecht des Terroristen vorenthalten.

Oder auch die Diskussion im Bundesrat auf die Einstufung von sicheren Herkunftsländern: Ich kann nach Tu-

nesien in den Urlaub fahren, dahin abschieben kann ich aber nicht, weil es kein sicheres Land sei? Das ist doch widersinnig und das kann niemand der Bevölkerung ernsthaft erklären wollen. Da müssen die rot-grün und rot-rot-grün regierten Bundesländer auch endlich mal die Realität akzeptieren. Auf Bundesebene könnten wir in dem Punkt schon so viel weiter sein.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Die Terrorgefahr in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern ist abstrakt gegeben. Dies bedeutet, sie ist vorhanden, wir sind im Visier des Terrorismus, aber wir unternehmen alles, um dieses Risiko zu minimieren, und wir statten die Personen, denen wir diese wichtige Aufgabe aufbürden, auch entsprechend aus. Dafür steht meine Fraktion und hat sich in der Vergangenheit auch genau dafür eingesetzt.

Unser ausdrücklicher Dank gilt allen Polizistinnen und Polizisten und Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützern, die sich jeden Tag ganz aktiv dafür einsetzen und unsere Lebensweise schützen, die sich, nur mal beispielhaft aufgezählt, weil es gerade aktuell so passend ist, bei eisigen Temperaturen über zwölf Stunden im Außendienst befinden, damit wir unser Silvester ohne Zwischenfälle feiern können – ich als Polizistin weiß, was das bedeutet –, ein Silvester, welches die Polizisten bestimmt auch gerne daheim bei ihren Familien und Freunden verbracht hätten, aber eben stattdessen für unsere Sicherheit, für unser Sicherheitsgefühl genau darauf verzichtet haben. Da ist die Kritik von einzelnen Politikern an dieser Polizeiarbeit völlig deplatziert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Jedem Polizeibeamten im Land und den Familien der Polizeibeamten einen ganz herzlichen Dank für ihre Arbeit, ihren Einsatz und ihre Unterstützung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Holger Arppe, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie haben zu Recht auf die Umfrage verwiesen, wonach sich Frauen auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr so sicher fühlen wie in der Vergangenheit. Da Abhilfe zu schaffen, wäre jetzt Gelegenheit, das Anliegen der Petition „Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt“ endlich aufzugreifen und in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich nicht weiter mit der Rede des Innenministers auseinandersetzen, obwohl es hier aus meiner Sicht viel zu kritisieren gäbe. Das Thema ist zu vielschichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Tag nach dem abscheulichen Anschlag in Berlin war in den Zeitungen auch Folgendes zu lesen, ich zitiere: „Der Mordanschlag auf Betende in einer Moschee in Zürich ist mit großer

Wahrscheinlichkeit von einem kurz darauf tot aufgefundenen Mann begangen worden. ... Neben dem Toten in der Nähe des Tatortes lag eine Waffe. Über die Hintergründe der Tat lagen zunächst noch keine Erkenntnisse vor. Ein Unbekannter hatte am Montagabend im Gebetsraum eines islamischen Zentrums wahllos auf mehrere Betende geschossen“, Zitatende.

Ob dieses ebenso tragische Ereignis in der Schweiz genutzt wurde, eine politische Debatte zu beginnen, weiß ich nicht, das ist mir auch an dieser Stelle relativ egal, aber allein diese beiden Ereignisse von Berlin und Zürich, stattgefunden an einem Tag, an einem Abend, machen deutlich: Diese Welt ist aus den Fugen geraten. Aber ist dies Zufall? Ist dies eine Verkettung unglücklicher Ereignisse? Ist dies Ergebnis einer verfehlten Asyl- und Flüchtlingspolitik? – Wohl kaum.

(Heiterkeit bei Dr. Gunter Jess, AfD)

Seit 15 Jahren wird Krieg gegen den weltweiten Terror geführt: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. Die Bilanz dieser Kriege? Der weltweite Terror, vor allem der islamistische Terror, wurde nicht geschwächt, im Gegenteil, er wurde und wird gestärkt. Durch die Beteiligung der Bundeswehr in diesen Auseinandersetzungen wurde auch Deutschland zur Zielscheibe der Terrornetzwerke. Diese Politik,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

diese Politik muss geändert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Schluss mit den Kampfeinsätzen in aller Welt! Schluss mit Waffenexporten in alle Krisenherde der Welt! Frieden muss in der Außenpolitik wieder das Primat haben. Mit Krieg bekämpft man Terror ebenso wenig, wie man mit Fußfesseln Terroristen daran hindert, ihre Mordanschläge zu begehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund des schwersten islamistischen Anschlages auf deutschem Boden ist Trauerarbeit angesagt. Vor dem Hintergrund des schwersten terroristischen Anschlages seit dem Münchner-Oktobertag-Attentat ist auch Innehalten statt politischer Reflexhandlung gefragt. Und selbstverständlich sind hiernach Maßnahmen zu prüfen, die gegebenenfalls weitere Sicherheit schaffen können und nicht allein Sicherheit simulieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über den Weg zu diesen Maßnahmen lässt es sich streiten. Unstrittig aber dürfte leider sein, dass mit diesem schrecklichen Gewaltakt auch auf sicherheitspolitischem Gebiet – und das haben wir heute hier schon erlebt – der Bundestagswahlkampf eingeläutet wurde. Denn ginge es, wie die antragstellende Fraktion vorgaukelt, tatsächlich um die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern, dann lehrt mich meine langjährige parlamentarische Erfahrung ein anderes Herangehen. Dann nämlich wäre zunächst eine komprimierte Sachverhaltsdarstellung durch den Innenminister mit anschließender Fachdiskussion im Innenausschuss zielführender,

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

wenn auch nicht ganz so medienwirksam. Für meine Fraktion darf ich deshalb an dieser Stelle bereits formlos den Innenminister um eine entsprechende Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Innenausschusses bitten, denn für uns ist das Thema mit der heutigen Aussprache nicht beendet.

(Vincent Kokert, CDU: Nö.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sicherheitsproblematik ist wie kaum eine andere Thematik geeignet, Emotionen zu wecken und hochemotional debattiert zu werden. Und so hat der Terroranschlag vom Berliner Weihnachtsmarkt nicht nur Innehalten und Trauer ausgelöst, sondern auch Hassbotschaften und Hasskommentare in die Welt gesetzt. Als politische Verantwortliche dieses Landes bitte ich Sie, bitte ich uns alle – uns alle! –: Lassen Sie uns gemeinsam dem stark zunehmenden Verbalradikalismus entgegenreten! Auch dies wäre ein kleiner Beitrag für die Sicherheit in unserem Lande, denn bekanntlich kommt erst das Wort und dann die Tat.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Terrorkanzlerin“ und „Merkels Tote“ sind da für mich auch keine sorgfältig geplanten Provokationen, mit denen die AfD den Bundestagswahlkampf gestalten möchte, nein, hier haben wir vielmehr einen Tiefpunkt politischer Diskussion und Kultur in unserem Land erreicht, der nicht hingenommen werden darf!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Aussprache zur Sicherheitslage in unserem Bundesland muss bei allen politischen Unterschieden in einzelnen Fragen eine zentrale öffentliche Botschaft enthalten:

Erstens. Die Sicherheitslage in Deutschland ist weiterhin maßgeblich von einer hohen abstrakten Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus geprägt. Dies gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern.

Zweitens. Eine konkrete Bedrohungslage für unser Land besteht nicht.

Drittens. Die Sicherheitskräfte, vor allem die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unseres Landes, waren und bleiben gefordert, sich professionell auf entsprechende Gefahrenlagen einzustellen, entsprechende Vorsorge zu treffen und Herausforderungen zu bewältigen. Und wir haben die Verantwortung, sie dafür auszubilden und auszurüsten.

Gerade, weil letztlich niemand einen Anschlag auch in unserem Land vollkommen ausschließen kann, gebührt den mit Sicherheitsaufgaben betrauten Beamtinnen und Beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Behörden unseres Landes an dieser Stelle ein ausdrücklicher Dank einschließlich ihrer Familien und Angehörigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern nach den Anschlägen in anderen Bundesländern im Jahr 2016, zuletzt am 19. Dezember 2016 in Berlin“, zu dieser Thematik ließen sich

schon heute ganze Bücher schreiben, Legenden spinnen oder fiktive Geschichten erzählen. Sicherheitsexperten gehen ohnehin davon aus, dass sich die Vorgänge um den Terroranschlag am 19. Dezember letztendlich nur mithilfe eines Untersuchungsausschusses aufklären lassen. Dass die Koalition in Berlin eine von LINKEN und GRÜNEN geforderte Sondersitzung des Innenausschusses für nicht nötig erachtete, ist dagegen kein Beitrag zur Aufklärung.

Das Agieren der Koalitionäre in Berlin, auch das Agieren der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern ähnelt hinsichtlich der Aufklärungsbereitschaft sehr dem Versagen bei den Verbrechen des NSU. Auch der sicherheitspolitische Wettlauf zu den vermeintlich besten Schlussfolgerungen erinnert an Vergangenes. Wir aber sollten aufpassen, dass dieser Wettlauf nicht zum Amoklauf wird, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte daher meine derzeitigen Gedanken zu diesem Thema in drei Anmerkungen zusammenfassen.

Erstens spricht die bisherige Faktenlage im Fall Amri für einen fanatischen Kriminellen, dessen Straftat vom 19. Dezember laut einer internen Analyse des Bundeskriminalamtes möglicherweise auch Asylbewerber in Deutschland verstärkt in den Fokus rechter Gewaltstraftaten rücken lässt – der islamistische Terroranschlag also auch als Gefahr für die bei uns lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Auch gegen diese Gefährdung unserer Sicherheitslage sollten wir neben der gebotenen Trauerarbeit ein unmissverständliches politisches Signal setzen. Denn dass es sich hierbei keineswegs um eine hohe abstrakte Gefährdung, sondern um ganz konkrete Bedrohungslagen handelt, ist auch unserer Landesregierung, auch Ihnen, bekannt.

Nachlesen können Sie das alles in der sehr detaillierten Antwort auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Torsten Koplin zu „Politisch motivierte Straftaten – rechts 2016“. Hiernach war die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern bereits vor dem letzten Terroranschlag durch 791 Straftaten, darunter 62 Gewaltstraftaten gekennzeichnet, die der „Politisch Motivierten Kriminalität – rechts“ zugeordnet wurden und häufig einen fremdenfeindlichen Hintergrund hatten. Auch hier folgt die Tat oft dem Wort, die Gewalttat der Verbalradikalität. Von all dem hört und liest man aber von der AfD-Fraktion nichts.

Zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden die Sicherheitslage, die Sicherheitspolitik und die sicherheitspolitische Diskussion in unserem Land derzeit selbstverständlich von Diskussionen auf Bundesebene beziehungsweise von den Ergebnissen in anderen Bundesländern beeinflusst – einerseits der Terroranschlag vom 19. Dezember, andererseits die Sicherheitspläne des Bundesinnenministers, auf die der Innenminister auch eingegangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der weitgehenden Sachverhaltsaufklärung wird offiziell noch im Januar gerechnet. Die polizeilichen und anderen sicherheitspolitischen Vorfeldmaßnahmen gegen den späteren Attentäter sind aber bereits aus heutiger Sicht gewaltig. Die Behörden, so war in der „Süddeutschen Zeitung“ am 30.12.2016 zu lesen, „wussten fast alles über Amri“,

Zitatende. Ohne Vorverurteilung ist bereits heute davon auszugehen, dass den zuständigen Behörden Fehler unterlaufen sind. Diese sind vollständig aufzuklären, Versäumnisse sind aufzudecken und Konsequenzen sind zu ziehen, und zwar genau in dieser Reihenfolge. Und dieser Anschlag ist aus meiner Sicht auch kein Flüchtlingsproblem nach dem Motto: Gäbe es keine Flüchtlinge, gäbe es keinen Terror. Wer so etwas behauptet, gaukelt Sicherheit vor!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte der Anschlag verhindert werden können, wenn die bestehenden Gesetze und Sicherheitsmaßnahmen konsequent angewendet worden wären? Wer ist verantwortlich für Entscheidungen, die dazu führten, dass ein überwachter Gefährder zu einem Massenmörder werden konnte? Hatte möglicherweise der Quellenschutz wieder Priorität vor der Verhinderung einer Straftat? Diese Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen hart im Raum und diese Fragen sind bisher unbeantwortet, aber alle haben schon wieder fertige Konzepte in der Tasche, wie das Recht verschärft werden muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

So kann das Problem nicht gelöst werden.

Und in dieser Situation und vor diesem Hintergrund legt der Bundesinnenminister seine „Leitlinien für einen starken Staat in schwierigen Zeiten“ auf den Tisch.

Herr Innenminister, nach Ihrer Auffassung – auch vorhin wieder vorgetragen – seien hiervon einige Ideen völlig unausgegoren, an anderer Stelle habe ich auch von „dummem Zeug“ gelesen, und allein dem Bundestagswahlkampf geschuldet. Das lasse ich einmal so stehen, das sind Ihre Überlegungen. Für mich ist es aber kein dummes Zeug, für mich ist das Ausdruck höchster Arroganz. Statt konsequent aufzuklären,

(Vincent Kokert, CDU: Dann müssen wir das Zitat von Frau Wagenknecht aber auch noch mal bewerten, Herr Ritter.)

werden wieder neue Forderungen erhoben, als hätte es die riesigen Sicherheitspakete der letzten Jahre nie gegeben.

Und bei Frau Wagenknecht sind Sie bei mir an der richtigen Stelle, Herr Kokert,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Sehr gut. Das weiß ich. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

das können wir dann hier lassen.

(Vincent Kokert, CDU: Warum?)

Da werden angeblich

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

umfassende Lehren gezogen aus dem NSU-Debakel, lieber Kollege Kokert. Nun plötzlich soll die föderale Sicherheitsstruktur über Nacht gekippt werden. Da wird der Verfassungsschutzverband hochgehalten und das GTAZ, das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, als Speerspitze des Antiterrorkampfes glorifiziert. Aber schon vor Abschluss der Fehleranalyse im Fall Amri sei das alles hinfällig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verantwortungsvolle Sicherheitspolitik, auch und gerade auf Bundesebene, sieht für mich anders aus. Das GTAZ ist doch wohl nicht an Kompetenzen oder Kompetenzgerangel, sondern an der Gratwanderung zwischen einem zu frühen und einem zu späten Zugriff gescheitert. Auch hier wurden vorliegende Informationen nicht in laufende Verfahren eingefügt, um nicht noch größere Ermittlungen zu gefährden – das allerdings mit den bekannten katastrophalen Konsequenzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Innenminister, wenn Sie sich gegen die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde unseres Landes wehren, dann stehe ich an Ihrer Seite, wenn auch aus anderen Gründen. Dieser Plan des Bundesinnenministers würde Ihre Abteilung zu einer Bundesbehörde machen, also mit neuem Türschild versehen. Und der Landtag könnte sich die anstehende Wahl der PKK ersparen, denn dann wäre es sogar mit der miniparlamentarischen Landeskontrolle vorbei. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir eine dritte und vorerst letzte Anmerkung. Meine Partei und meine Fraktion verweigern sich notwendigen Diskussionen nicht. Für meine Fraktion haben Sicherheit und Ordnung den gleichen Stellenwert wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Unser jüngstes Konzept der „Persönlichen und öffentlichen Sicherheit“ zeigt den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, wir sind in Sachen Ordnung und Sicherheit ebenso verlässlich wie in Aspekten der sozialen Gerechtigkeit.

Aber auch wir sind durch veränderte Sicherheitslagen selbstverständlich gefordert, eigene Positionen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls fortzuschreiben. In Zeiten von Anschlägen und Gewaltexzessen wird naturgemäß die Rede von Freiheit und Gleichheit leiser, die von Ordnung und Sicherheit hingegen lauter. Dennoch gilt für mich: Es gibt Lücken, die man schließen kann, und solche, die man hinnehmen muss, wenn man einen freiheitlichen Rechtsstaat nicht zu einem Überwachungsstaat umbauen will.

Selbstverständlich können wir auch in unserem Bundesland das Verhältnis von Videoüberwachung und Datenschutz neu diskutieren. Brauchen wir hier neue Regelungen oder ist es bisher nur alles aufwendig und unbequem, um die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen? Selbstverständlich müssen wir bei der Gefährderproblematik schnellstmöglich handeln. Ist allerdings hier eine präventive Inhaftierung, also eine Haft ohne konkrete Straftat, letztlich verfassungskonform oder ermöglicht nicht eine konsequente Anwendung geltenden Ausländerrechts bereits heute eine längere Abschiebehaft? Diese Fragen gilt es zu beantworten, bevor wir mit unfertigen Konzepten an die Tagesordnung gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bekämpfung der Fluchtursachen, Definition sicherer Herkunftsstaaten, radikaler Neustart der innereuropäischen Kooperation und nicht zuletzt die Schaffung eines Einwanderungsbeziehungsweise Zuwanderungsgesetzes, auch das sind Probleme mit direktem Einfluss auf die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern. Meine Fraktion ist bereit und

in der Lage, gemeinsam mit Ihnen diese Fragen zu diskutieren. An einem Wettlauf allerdings, der Sicherheit einfordert, aber letztendlich nur Sicherheit vorgaukelt, werden wir uns nicht beteiligen.

Auch das von der AfD-Fraktion zusammengeklauter sogenannte 5-Punkte-Programm ist nur ein Vorgaukeln von Sicherheit. In Wahrheit ist es doch ein Anti-Asyl-Paket. Aber Terrorabwehr hat letztendlich mit Flüchtlingspolitik, so, wie Sie es hier darstellen, nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wer wie Herr Holm Asylbewerber in Lagern konzentrieren will, der kann für uns kein ernsthafter Diskussionspartner sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Komning.

Enrico Komning, AfD: Wertes Präsidium! Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Bürger dieses Landes! Ich will, bevor ich zum Inhalt meiner Rede komme, doch zwei Punkte ansprechen. Es wurde allseits kritisiert, dass wir nun zum heutigen Tage eine Dringlichkeitssitzung einberufen, weil die Angelegenheit offensichtlich aus Ihrer Sicht gar nicht dringend sei. Ich finde es beschämend, dass nach einem Anschlag, der zwölf Tote gekostet hat, offensichtlich die Mehrheit dieses Parlamentes, insbesondere aber auch unser Innenminister, es nicht für nötig hält, unmittelbar darauf eine Aussprache zu führen, wie wir sie hier führen wollen. Und dem ist auch der Umstand geschuldet, dass wir gerade nicht mit einem Antrag hier heute angetreten sind, denn im Endergebnis haben wir ein 5-Punkte-Programm vor dieser Sitzung vorgelegt und dieses 5-Punkte-Programm,

(Thomas Krüger, SPD: Was Sie aber nicht ins Parlament eingebracht haben.)

und dieses 5-Punkte-Programm hat, trotzdem es nicht im Parlament eingebracht wurde –

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

mein Kollege Nikolaus Kramer hat darauf hingewiesen, dass durchaus da noch was kommen wird, Herr Krüger, darauf können Sie sich vorbereiten –, hat durchaus für Diskussionsstoff gesorgt.

(Jochen Schulte, SPD: Wo?)

Denn letztlich ist das Parlament,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

soll das Parlament das Sprachrohr des Volkes sein. Es hat eine Artikulationsfunktion und diese Artikulationsfunktion, der wollen wir,

(Thomas Krüger, SPD: Aber meinen Sie nicht, dass man zuallererst mal ein Konzept hätte haben sollen?)

der wollen wir hier nachkommen.

(Thomas Krüger, SPD: Dazu braucht es eine Drucksache.)

Die Bevölkerung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

die Bevölkerung will reden und wir werden hier die Stimme des Volkes sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jochen Schulte, SPD: Sie wollen nur schwatzen, das ist der Unterschied. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Liebe Kollegen,

(Jochen Schulte, SPD: Wenn das Volk reden will, braucht es keinen Schwätzer.)

was ist aus unserem Land geworden? Was wurde aus unserem Land gemacht? Wo ist unser starkes, freiheitliches, gebildetes, angesehenes und vor allem sicheres Deutschland geblieben?

(Jochen Schulte, SPD: Gehen Sie vor die Haustür, dann sehen Sie es!)

Wir leben in einem Land, das in seinen Grundfesten erschüttert ist, in dessen Mark ein tiefer Stachel sitzt, der dieses Land mit seinen freiheitlich-demokratischen Errungenschaften mehr und mehr schwächt, nach und nach dahinsiechen lässt und schließlich in seiner bisherigen Form sterben lässt.

(Torsten Renz, CDU: Wenn das Ihre Analyse ist, dann kommen Sie jetzt mal mit Ihren Vorschlägen für die Analyse!)

Die Sicherheitslage in Deutschland ...

Hören Sie mir doch erst mal zu!

Die Sicherheitslage ...

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich komme da noch drauf, ich komme da noch drauf, Herr Renz.

Die Sicherheitslage in Deutschland, die inzwischen bis nach Mecklenburg-Vorpommern vorgedrungen ist, ist fatal, wie übrigens im ganzen westlichen, von Integration beziehungsweise Migration betroffenen Westeuropa. Und dies betrifft nicht nur die Frage der Terroranschläge, auch auf der Straße, im täglichen Leben fühlen sich die Bürger des Landes nicht mehr sicher. Die Nachrichten von Schlägereien und Messerstechereien unterschiedlicher Ethnien in Asylunterkünften, auf der Straße oder in Einkaufszentren,

(Torsten Renz, CDU: Das hat Herr Holm schon alles beschrieben.)

wie erst letzte Woche in Schwerin –

(Torsten Renz, CDU: Die Analyse liegt vor. Kommen Sie doch jetzt noch mal zu Ihren Maßnahmen, bitte!)

man kann es offensichtlich nicht oft genug sagen, Herr Renz, ansonsten würden Sie es wohl nicht verstehen –,

(Torsten Renz, CDU: Kommen Sie zu den Maßnahmen!)

die fast täglichen Berichte von sexuellen Übergriffen von Asylbewerbern auf Einheimische oder, um im Slang der Regierenden zu sprechen, Frauen, die schon länger hier wohnen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wie erst kürzlich in Neubrandenburg, oder auch die Nachrichten über herumreisende organisierte Einbrecherbanden, insbesondere an unserer östlichen Grenze, sind längst auch bei uns in der Provinz an der Tagesordnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Sicherheit der Bürger zu wahren, ist allererste Aufgabe des Staates. Ist die Sicherheit gefährdet, hat der Staat versagt.

Meine Damen und Herren, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland baut nicht mehr auf den gesicherten Fundamenten eines freiheitlichen Rechtsstaates. Wenn selbst führende Verfassungsrechtler wie der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio der Bundeskanzlerin Widerrechtlichkeit der Öffnung der bundesdeutschen Grenze bescheinigt und sich bis heute bis auf wenige Alibikontrollen in Bayern daran nichts geändert hat, dann muss man einfach davon ausgehen, dass eine Änderung dieses Zustandes nicht gewünscht ist. Nach wie vor kann man unbehelligt die Grenzen von Österreich, Frankreich und den Niederlanden überschreiten, hin und her, vor und zurück, heute und morgen, du und ich und vor allem jene, die es wie Anis Amri,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stellen Sie sich mal vor, Sie würden aufgehalten an der Grenze, was Sie dann für ein Theater machen würden!)

und auch jene, die es wie Anis Amri zur Verschleierung ihres Aufenthaltes ausnutzen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Udo Di Fabio formuliert in seinem Gutachten, Zitat: „Der Bund ist aus verfassungsrechtlichen Gründen ... verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.“ Zitatende.

Es wird wohl niemand, der sich der Lächerlichkeit nicht preisgeben will, mehr behaupten,

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

das europäische Grenzsicherungssystem, wenn es denn eines gibt, würde funktionieren, insbesondere dann, wenn der europäische Grenzschutz vor der nordafrikanischen Küste in Not geratene Menschen aufnimmt und sie nicht etwa zurück an die Herkunftsküste bringt, sondern wie ein Mittelmeertaxi nach Europa, dorthin, wo sie oftmals unter Verlust ihrer Personaldokumente und Verlust der Erinnerung an ihr Geburtsdatum und nicht selten

unter falschen oder Mehrfachangaben von persönlichen Daten eben jene selbst ausgesuchte oder auch gern mehrere Identitäten oder ein neues Geburtsdatum bekommen. Was ist das für ein Staat, wo man mit dem Zauberwort „Asyl“ ein neuer Mensch oder einfach auch mal mehrere neue Menschen wird?

(Torsten Renz, CDU: Das ist ein Redebeitrag, ohne konkret zu werden. Wo bleiben die Fakten?)

Seit dem Ende des Weltkrieges leben die Menschen in der Bundesrepublik in einem liberalen Staat mit vielen Freiheiten. Unsere westliche Lebensweise ist geprägt von Toleranz, Zwanglosigkeit und Offenheit. Diese, unsere eigenen Lebensinhalte sollen zerstört werden durch einzelne islamistische Gotteskrieger, die mit willkürlichen Anschlägen unschuldige Menschen aus dem Leben reißen. Wer behauptet, wir könnten unsere liberale Gesellschaft nur mit offenen Grenzen halten, unterliegt einem Irrtum.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ihre Realität befindet sich doch genau in Ihrem Programm jetzt nicht mehr. –
Jochen Schulte, SPD: Können Sie die Aussagen auch belegen?)

Unsere liberale westliche Lebensweise gründet sich auf den Erfahrungen aus zwei Weltkriegen. Wer fühlte sich denn vor Schengen beschränkt in seiner Bewegungs- und Reisefreiheit?

(Jochen Schulte, SPD: Also ich zum Beispiel!
Wenn ich über die deutsch-österreichische Grenze gefahren bin, bin ich kontrolliert worden. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, man musste an Grenzübergängen etwas warten, richtig, aber ist Ihnen die Durchfahrt über die Nationalgrenze das Leben auch nur eines Menschen wert?

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wenn ja, dann sagen Sie es laut und deutlich für alle! Dann sagen Sie, dass die offenen Grenzen mehr wert sind

(Thomas Krüger, SPD: Wie wollen Sie denn die Grenzen schützen? Mit Schießbefehl, oder was? Sagen Sie es doch mal! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

als die dadurch bedingte Terror- und Todesgefahr!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Grenzenlose Öffnung der staatlichen Tore ist eben nicht Voraussetzung für ein liberales Leben in Freiheit, im Gegenteil: Eben dieses freiheitliche Leben ist gefährdet, wenn durch den grenzenlosen Zugang Anschläge religiös verblendeter Fanatisten möglich werden.

(Jochen Schulte, SPD: Ich dachte, da kommt noch was?!)

Es kommt noch einiges.

Man könnte denken, einige CDU-Politiker sind aufgewacht, der CSU-Seehofer oder gar der CDU-de-Maizièrè – wegen ihrer Forderung nach Obergrenzen oder Fußfesseln für

sogenannte Gefährder. Allerdings hatte der Herr Seehofer seit Langem eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung angekündigt, wenn die Obergrenze nicht beschlossen werde. Mehr als drohende Forderungen stellen, kann Herr Seehofer wohl nicht. Während er deshalb von seinen Kritikern als zahnlöser Tiger bezeichnet wird, sieht das für mich eher nach einer fauchenden Stubenkatze aus.

Der Bundesinnenminister sprach schon seit Langem von einer sogenannten latenten Terrorgefahr – diese wurde heute hier auch schon erwähnt – und suggerierte damit, dass man sich wohl damit abfinden müsse. Nun erst, wo sich diese Latenz im Tod von zwölf Menschen realisiert hat, reagiert er mit scharfen Worten, allerdings eben auch nur mit Worten. Man darf zweifeln, dass diesen Worten Taten folgen, wenn sich die Bundesregierung noch nicht einmal in der Lage sieht, der Toten im Rahmen einer Trauerstunde im Bundestag zu gedenken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, Herr Innenminister, genau in diese Art der Argumentation, genau in diese Art der Handlungen reihen Sie sich offensichtlich bei Ihren Kollegen ein. Sie sagten vorhin, wir werden alles versuchen, um Anschläge zu verhindern. Ja, mein Lehrer hätte gesagt, er bemühte sich redlich, danke, Fünf, setzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, es reicht eben nicht aus, dass wir alles versuchen, um das zu verhindern. Wir müssen es auch tun, Herr Innenminister.

(Marc Reinhardt, CDU:
Früher hätte man auch wegen Abschreiben eine schlechte Note bekommen. –
Heiterkeit und Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und nur ein Beobachten, ein Diskutieren, ein Planen, ein Überdenken, Analysieren, Debattieren, ein Wir-müssen-Fortschritte-Erzielen, ich habe es vorhin mitgeschrieben,

(Andreas Butzki, SPD: Machen Sie mal Vorschläge! Ich habe noch keinen Vorschlag von Ihnen gehört.)

ein Wir-sind-auf-einem-guten-Weg, Wir-sind-auf-einem-guten-Weg-und-haben-viel-erreicht, Herr Innenminister, das reicht nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Vorschlag!)

Das reicht nicht.

(Thomas Krüger, SPD: Uns reicht es auch nicht, was Sie hier erzählen. Sie machen ja keine Vorschläge.)

Es müssen Handlungen her!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es müssen Handlungen her!

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Dann sagt doch mal was! –
Zurufe aus dem Plenum: Ja, welche?)

Und jetzt will ich,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

jetzt will ich tatsächlich,

(Andreas Butzki, SPD: Schießbefehl, Mauer, Lager, was wollen Sie denn? – Glocke der Vizepräsidentin)

jetzt will ich tatsächlich noch einmal darauf eingehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Es müssen Handlungen her, das ist richtig. Aber an wem ist es denn zu handeln? Wir als AfD sind Opposition,

(Andreas Butzki, SPD: Sie sollen Vorschläge machen!)

und ich darf es noch mal deutlich sagen,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist nur Populismus.)

als Opposition hat man nicht den Job von Regierungsparteien zu machen.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist doch billig! Das ist doch billig!)

Wir machen Vorschläge und wenn Ihnen die Vorschläge nicht gefallen, dann kann es ...

(Thomas Krüger, SPD: Kritisieren, Vorschläge machen, das ist Ihr Job!)

Wir haben Vorschläge gemacht, Herr Krüger. Wenn Ihnen diese Vorschläge nicht gefallen, ...

(Zuruf aus dem Plenum: Wo? Wo sind die?)

Unser 5-Punkte-Programm.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf aus dem Plenum: Wo? Wo? Ich habe kein 5-Punkte-Programm.)

Sie haben sich doch mit diesen fünf Punkten auseinandergesetzt, ich bitte Sie!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Schauen Sie, wenn Sie,

(Jochen Schulte, SPD: Sie lernen das noch in den nächsten fünf Jahren.)

wenn Sie sagen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass wir meinen, die Terrorgefahr sei gebannt, wenn man die Grenzen dichtmachen würde, das ist nicht der Fall. Das ist nur ein Schritt zur Bannung der Terrorgefahr.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Lesen Sie mal den Kommentar von Herrn Pubantz in der „Ostsee-Zeitung“ heute!)

Es muss natürlich sehr viel mehr passieren, Herr Innenminister. Aber Voraussetzung dafür, dass die Terrorgefahr gebannt wird, ist, dass die Terrorgefahr nicht noch mehr verschärft wird durch die offenen Grenzen. Und wie können Sie, Herr Innenminister, behaupten, dass kein Flüchtling ins Land kommt, ohne die Fingerabdrücke von diesen zu nehmen?

(Andreas Butzki, SPD: Zum Parlament reden!)

Wir wissen doch gar nicht, wer heute über die österreichisch-bayerische Grenze fährt,

(Zuruf aus dem Plenum: Hier sind wir!)

wir wissen nicht, wer gestern drübergefahren ist. Es gibt dort sporadische Grenzkontrollen, das ist richtig, aber letztendlich ...

(Thomas Krüger, SPD: Haben Sie schon mal was von Schengen gehört?)

Wir können uns beide ins Auto setzen, wir fahren nach Österreich, fahren vielleicht Ski und fahren dann zurück nach Bayern.

(Vincent Kokert, CDU: Fahren Sie doch einfach alleine, dann sparen wir ein bisschen Zeit!)

Ich kann Ihnen versprechen, wir werden nicht kontrolliert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, bei Ihnen wäre ich mir da nicht mehr so sicher. – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und das kann jeder andere ganz genauso. Insofern kann doch die Aussage, wir kontrollieren jeden Flüchtling, der zu uns ins Land kommt, und wir nehmen die Fingerabdrücke von diesem, nicht wahr sein. Sie streuen doch dem Volk Sand in die Augen mit dieser Aussage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das Gleiche betrifft die Identitätsabgleiche. Wenn alles funktionieren würde, wie kann es dann sein, dass Asylbewerber sich melden, hier abkassieren und sich im nächsten Bundesland wieder melden und abkassieren? Wenn der Identitätsabgleich funktionieren würde, dann kann doch so etwas gar nicht passieren.

(Manfred Dachner, SPD: Machen wir jetzt Terrorbekämpfung oder was für ein Thema?)

Diese Fragen müssen Sie schon beantworten, wenn Sie meinen, es funktioniert alles.

Und, schauen Sie, wenn 69 Prozent der Frauen sich in Deutschland deshalb nicht mehr sicher fühlen, weil wir eben eine solche Asylpolitik betreiben, wie wir sie betreiben, eine solche Flüchtlingspolitik – wir sagen eher Einwanderungspolitik –, dann muss man, ...

(Elisabeth Aßmann, SPD: Wir sind hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.)

Darauf komme ich auch gleich, Frau Kollegin.

... dann muss man doch fragen, wie es denn eigentlich überhaupt erst dazu kommen kann. Man muss doch

präventiv tätig sein und darf nicht erst danach reagieren. Man muss vorher agieren, damit es gar nicht erst zu diesen Gefährdungslagen kommt, wie sie geschehen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ja, Frau Kollegin, es ist richtig, das sind meistens Bundesthemen, das ist gar keine Frage, das bestreitet auch niemand, aber sie wirken eben bis ins Land durch. Wir befinden uns nun mal in einem föderalen System, in dem ...

(Elisabeth Aßmann, SPD: Dann machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

Entschuldigung, wir haben doch Vorschläge gemacht.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Wo denn?)

Ich darf es noch mal sagen, Sie haben sich doch alle mit diesen Vorschlägen auseinandergesetzt,

(Tilo Gundlack, SPD: Das haben wir nicht, das haben wir nicht! –
Vincent Kokert, CDU: Da stand ja nichts drin. –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

haben sich hier oben hingestellt und groß darüber lamentiert, wie schlecht diese Vorschläge doch seien.

(Andreas Butzki, SPD:
Das sind doch Stammtischparolen.)

Also erzählen Sie mir doch nicht, diese Vorschläge seien Ihnen nicht bekannt!

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege,
jetzt habe ich es verstanden, Sie meinen die Stammtischparolen, die Ihr Vorredner gesagt hat.)

Ja, von mir aus können Sie das als Stammtischparolen bezeichnen, aus unserer Sicht sind das konstruktive Vorschläge. Und wenn Sie den Vorschlägen nicht nachkommen wollen, dann wollen wir mal schauen, was bei der Bundestagswahl 2017 rauskommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Unruhe bei Andreas Butzki, SPD)

Zum Schluss, Herr Innenminister – leider muss ich zum Schluss kommen –, möchte ich Ihnen das mit auf den Weg geben: Ohne dass Sie sich zusammen mit Ihren Länderkollegen dafür einsetzen, endlich die deutsche Grenze zu schützen, werden auch nicht die 150 zunächst lediglich von Ihnen geplanten Personalstellen bei der Landespolizei M-V helfen, die nun eben gerade nicht mehr nur abstrakt latente, sondern jetzt konkret präsente Terrorgefahr einzudämmen, geschweige denn zu beseitigen. Und, Herr Innenminister, wenn Sie diesen Einsatz nicht bringen können oder nicht bringen wollen, dann lassen Sie das mit Ihrem Job! Überlassen Sie ihn uns, denn wir wissen, was zu tun ist!

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vielen Dank.

(Jochen Schulte, SPD: Das war der Scherz zum Wochenende. Und das am Dienstag! –
Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich hatte geglaubt, wir sind heute in einem sehr ernstem Thema. Auch wenn die AfD hier eine populistische Veranstaltung draus machen wird, war ich immer noch der Auffassung, dass wir heute ausschließlich über den Terror und die Terrorbekämpfung debattieren werden.

(Vincent Kokert, CDU: Vor allem mit Inhalten, aber da kam ja nichts.)

Aber was die AfD hier veranstaltet, übersteigt in der Tat meine Vorstellungen. Ich habe wirklich geglaubt, auch da könnten wir irgendwann einen Konsens finden und ein ernstes Thema mit Ihnen beraten. Aber es hat ja nicht einen einzigen Tag nach dem Anschlag gedauert, als Sie schon beraten haben, hier eine Sondersitzung durchzuführen.

(Enrico Komning, AfD: Weil es notwendig war.)

Natürlich, was ich weiß,

(Enrico Komning, AfD: Weil es notwendig war.)

was ich weiß, das weiß ich.

(Enrico Komning, AfD: Weil Sie es nicht gemacht haben.)

Das ist ja schon erst mal sehr bezeichnend.

Ich wollte eigentlich mit meinem sachlichen Thema beginnen,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Das tut nicht not.)

aber Sie fordern mich förmlich heraus, Ihren Unfug noch einmal zu kommentieren. Und so ist es, Sie haben nicht mal 24 Stunden abgewartet,

(Leif-Erik Holm, AfD: Ach, das ist doch Quatsch!)

um daraus Ihr politisches Kapital schlagen zu wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Jetzt zitiere ich mal, da schreiben die „Bild-Zeitung“ und die FAZ: „Die Strategie scheint zu erklären, weshalb die AfD-Funktionäre dann so drastisch auf den Anschlag vom Breitscheidplatz reagieren. Da twittert André Poggenburg, Rechtsaußen aus Sachsen-Anhalt: ‚Das Gutmenschengejaule zu Terror in Berlin wird gleich einsetzen.‘“ Wie menschenverachtend!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

„Aus der AfD-Jugend wünscht man dem SPD-Vize Ralf Stegner ‚fast Bekanntschaft mit einem Lkw-Reifen‘, weil dieser festgestellt hatte, dass es absolute Sicherheit in

einer freiheitlichen Demokratie nicht gebe. „Es sind Merks Tote“ – das wurde hier heute schon gewährt – „behauptet Marcus Pretzell, Chef“ des NDR, ach Quatsch, „der NRW“ ...

(Jochen Schulte, SPD: Landesverband der AfD.)

Ja, Landesverband ist richtig. Vielen Dank! Ich bin tatsächlich schockiert, wenn ich das lese.

„Pretzells Lebensgefährtin Petry sekundiert wenig später via Facebook: ‚Merkel und Co. tragen eine erhebliche Mitschuld!‘ ... Schnell und zielgerichtet verbindet die AfD den Anschlag mit ihren Feindbildern, beantwortet die Schuldfrage, bevor die Hintergründe klar sind“. Genau das war Ihr Ausgangspunkt. Das war das Vorwort.

Und wenn Sie, Herr Komning, und auch andere Redner einfach behaupten, wir stocken die Polizei mit 150 auf, dann ist das eine glatte Lüge. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Holger Arppe, AfD: Noch weniger.)

Wir werden unser Land um 300 Beamte operativ stärken. Im Jahr zuvor hatten wir schon einmal die Ausbildungszahlen erhöht.

(Vincent Kokert, CDU: Um 100.)

Es geht nicht um 150. Und wenn Sie die Zahl tausendmal wiederholen, sie bleibt falsch und sie bleibt eine Lüge.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Dass Sie die Polizeiarbeit loben, das ehrt vor allen Dingen die Polizistinnen und die Polizeibeamten. Dass Sie daraus Ihr Kapital schlagen wollen und sich anbieten, das ist doch mehr als offensichtlich!

Jetzt zu meinem Thema.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind und bleiben bei den Opfern, bei den Toten und bei den Verletzten und deren Familienangehörigen. Fassungslosigkeit, Trauer und Wut – danach müssen allerdings Besonnenheit, politische Weitsicht und rechtsstaatliches Handeln in den Vordergrund gestellt werden. Davon bin ich heute eigentlich ausgegangen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie ist zu schützen und zu achten und ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das, was der Terrorist den Menschen nicht nehmen konnte, das war ihre Würde, weil die Würde – das ist ein Stück unserer Kultur – den Menschen weit vor ihrer Geburt verliehen wurde und mit dem Tod nicht endet.

In diesem Bewusstsein des Grundgesetzes und der Präambel unseres Grundgesetzes werden wir diese Verletzten und Toten niemals vergessen. Unsere Antwort wird nicht Hass und Terror sein. Wir, die demokratischen Kräfte in diesem Landtag, werden die neuen Herausforderungen im Kampf gegen den IS und seine Helfershelfer noch weiter intensivieren müssen. Darüber gilt es auch in der Zukunft stärker zu beraten und nach Lösungen zu suchen, aber nicht durch populistische Sondersitzungen.

Wer glaubt, mit einfachen Parolen wie „Stacheldraht“, „Mauern“,

(Zuruf aus dem Plenum: Abschottung.)

„Schießbefehl“, „Abschottung“ könnte man die Sicherheit erhöhen und den Terrorismus bekämpfen, der irrt. Auch Sie, meine Damen und Herren der AfD, werden mit diesem dummen, populistischen Gerede Schiffbruch erleiden. Glauben Sie wirklich, wenn Sie Ihre Familien in ein Haus einmauern und einen Stacheldraht herumziehen, dass Ihre Familien in Freiheit leben können und dass der Terrorismus sie nie erreichen wird? Warum glauben Sie das denn von Deutschland?

(Leif-Erik Holm, AfD: Wir haben aber eine Haustür, die wir abschließen können.)

Wir müssen, wenn wir über Terrorismus reden, unseren Menschen hier im Land auch sagen, dass sich die gesamte muslimische Welt im Krieg befindet, dass jeden Tag Hunderte von Muslimen Muslime umbringen – bestialisch.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Und Christen.)

Der Terror hat nicht gestern begonnen und wird nicht morgen aufhören. Das gehört zur Wahrheit. Er wird uns Jahrzehnte begleiten und er wird uns herausfordern. Das ist unsere Aufgabe, und nicht Parteiengezänk.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Der IS hat der Welt den Krieg erklärt. Nicht nur den Großmächten wie Russland, China, den USA und 60 weiteren verbündeten Staaten, nein, er hat auch die Expansion Europas in den nächsten fünf Jahren angesagt. Unser Verfassungsschutz – darauf können wir stolz sein – hat viele Kenntnisse über diese Vorhaben. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der AfD: Wollen Sie das alles mit Ihrem 5-Punkte-Programm, das Sie tatsächlich, wie hier oft genannt, irgendwo zusammengefasst und abgeschrieben haben, bewerkstelligen?

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Das, was Sie fordern, will ich jetzt nicht wiederholen. Die operative Aufstockung der Polizei ist schon längst im Gange. Die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft – welche Sicherheitsvorteile soll es bringen? Die Vermischung von Sicherheitspolitik und Flüchtlingspolitik verschleiert eigentlich den Blick auf die Bekämpfung des Terrorismus. Grenzschließung bringt nicht mehr Sicherheit, denn die Gefährder, die wir in Deutschland haben

(Holger Arppe, AfD: Die haben wir schon längst reingelassen.)

und die sich radikalisiert haben, sind nicht über die Balkanroute gekommen.

Die Zusammenarbeit – das will ich Ihnen sagen – oder, besser gesagt, die Sicherheit ist ein ursozialdemokratisches Thema. In den Konzeptionen der CDU und CSU und auch der SPD gibt es Gemeinsamkeiten, aber natürlich auch große Unterschiede. Die CDU/CSU konzentriert sich eher auf Gesetzesverschärfungen, die SPD sieht die Sicherheitspolitik als Einheit von Prävention, Stärkung vor allen Dingen des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft und der Zusammenarbeit sowie der Stär-

kung der Arbeit der Polizei, der Justiz, der Staatsanwaltschaft, also der inneren Sicherheit insgesamt.

(Torsten Renz, CDU: Mal sehen, wer sich da durchsetzt auf Bundesebene.)

Natürlich sieht die SPD auch gesetzlichen Handlungsbedarf, zum Beispiel bei der Videoüberwachung und bei der Überwachung des öffentlichen Raums. Wir sehen überhaupt nicht ein, weshalb Private das können und der Staat eben nicht. Und natürlich frage ich mich, und das fragt sich sicherlich jeder: Wie kann es sein – die Debatte wurde hier geführt, wie weit die Abschiebehafte geht –, wie können Gefährder in Deutschland leben? Wer ist Gefährder? Gefährder ist nicht unbedingt der, der eine Straftat in Vorbereitung oder in Durchführung hat, aber der Gefährder hat, zumindest nach meiner Auffassung, in Deutschland nichts zu suchen. So lange muss er in Abschiebehafte sein. Wie Sie diese Abschiebehafte nennen, ist für mich nicht das Thema.

Wir als SPD sagen natürlich auch, die Zusammenarbeit mit den Moscheen und Gemeinden im Rahmen der Präventionsarbeit ist genauso wichtig und schließt nicht aus, dass wir radikal-islamistische und salafistische Moscheen schließen. Null Toleranz gegen Hass-prediger ist genauso wichtig wie die Prävention und die Repression. Der Kampf gegen den islamistischen Terror kann nicht nur mit polizeilichen – und so kam es ja heute oftmals zum Ausdruck – und nachrichtlichen Mitteln geführt und auch gewonnen werden, es ist an der Zeit, dass wir der Kommunikationszentrale des Dschihad etwas entgegenzusetzen haben. Wir brauchen also eine große deutsche, aber auch europäische Initiative aller sozialen Medien und Netzwerke gegen diese Propagandaarbeit. Scheinlösungen wie Transitzone, meine Damen und Herren, bringen niemandem Sicherheit. Alle Täter, die 2016 in Deutschland waren, sind hier radikalisiert worden.

(Sandro Hersel, AfD: Lüge!
Das ist eine glatte Lüge!)

Es gibt eine Reihe von Vorschlägen der Gewerkschaften. Und der Gewerkschaft der Polizei kann man ja nun wirklich nicht nachsagen, dass sie entweder links- oder rechtsorientiert wäre. Aber ich denke, auch da hat die SPD signalisiert, mit der Gewerkschaft über diese Punkte nachzudenken und zu sprechen, nämlich über die Vereinheitlichung aller Datensysteme der Sicherheitsbehörden. Da kann ich nur aus meinem eigenen Erleben sprechen, wie es mit dem Datenabgleich und dem Datenfluss in der Polizei und darüber hinaus in den letzten 20 Jahren und länger aussah.

Wir brauchen eine neue Definition – das sagt die Gewerkschaft der Polizei – in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Ist uns der Quellenschutz so viel wichtiger als der Informationsfluss zur Polizei? Die Reform des Datenschutzes ist hier ebenfalls angesagt zur Gefahrenabwehr. Allein die Lichtbildeinsichtnahme bei den Einwohnermeldeämtern würde die polizeiliche Arbeit wesentlich erleichtern. Auch das ist heute nicht möglich. Über die Verbesserung der Videoüberwachung habe ich schon gesprochen. Wir brauchen allerdings auch spezialisierte Kräfte, insbesondere brauchen wir Dienststellen, die in der Jugendkriminalität zusammenarbeiten, Jugendkommissariate, die es teilweise in den Ländern auch schon gibt, und die Zusammenarbeit mit Jugendgerichtshilfen, Jugendämtern, Polizei und Justiz.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass in der Vergangenheit – auch zu Zeiten des RAF in den 70er- und 80er-Jahren – sowohl die Konservativen als auch die Linken immer eine Lösung gefunden haben, um die Freiheitsrechte der Bürger nicht einzuschränken oder nicht dauerhaft einzuschränken und trotzdem den Terror zu bekämpfen. Das wird uns auch diesmal gelingen, davon bin ich überzeugt. Und wo die AfD steht, das ist mir heute wiederum nicht klar geworden. Ich hatte gedacht, wir würden ein Stückchen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht?!)

Ja, nicht klar geworden – Entschuldigung –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deutlicher kann man es doch gar nicht sehen.)

nicht klar geworden im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so!)

Das ist bedauerlich. Ich würde Sie gerne dazu einladen, konkrete Vorschläge zu machen und Ihr 5-Punkte-Programm zu verbrennen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Martina Tegtmeier, SPD: Genau.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insbesondere den letzten Sätzen vom Kollegen Dachner kann ich mich nur anschließen, außer denen mit dem Verbrennen, Herr Dachner, die hätte ich noch anders formuliert. Aber zu der Thematik, die Sie zum Schluss aufgerufen haben – wo steht die AfD, wie will sie sich einbringen, will sie sich überhaupt einbringen, will sie Inhalte präsentieren, um möglicherweise Zustände zu verbessern und zu verändern –, ist aus dieser Debatte eher deutlich hervorgegangen, dass sie eben keinen Beitrag leisten will, sondern solche Sitzungen wie heute hier anberaumt, um sich zu profilieren und um Wählerstimmen zu haschen. In anderen Landesparlamenten hat man sich schon mit dieser Thematik befasst, da ist man immer den Weg über die Ausschüsse gegangen. Bei uns fragt man sich: Trauen Sie Ihrem Ausschussvorsitzenden nicht zu, diese Thematik im Ausschuss richtig zu behandeln, oder warum wählen Sie den Weg?

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich glaube, die Antwort ist heute klar geworden: Sie wollen die Öffentlichkeit suchen, um Stimmung zu machen,

(Leif-Erik Holm, AfD:
Weil es die Bürger interessiert.)

um Stimmung zu machen – aus meiner Sicht ganz verwerflich vor dem Hintergrund, dass Sie eine Situationsbeschreibung/Stimmungsmache betreiben, ohne Lösungen anzubieten.

(Thomas Krüger, SPD: Showpolitik.)

Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Und wenn ich mit Herrn Holm noch mal beginnen darf: Der erste Satz, den er zum Zustand von Deutschland gesagt hat, der ist mir zu billig, zu primitiv, auf den möchte ich nicht eingehen, den möchte ich auch gar nicht zitieren.

(Leif-Erik Holm, AfD: Welchen denn?)

Aber auf den zweiten Satz will ich etwas näher eingehen, Herr Holm. Wenn Sie sagen, die Landesregierung hat versagt, dann will ich Sie ganz persönlich mal darauf aufmerksam machen, der Wahlkampf ist vorbei, Sie sind in der Opposition, Sie sind in der Pflicht, Lösungen anzubieten.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Und wenn einzelne Abgeordnete von Ihnen wie Herr Komning hier zum Besten geben, Sie brauchen keine Lösungsvorschläge zu machen, Sie sind Opposition, Sie haben nicht diese Aufgabe, dann sage ich Ihnen,

(Ralf Borschke, AfD: Sie sind doch die Regierung! Sie haben mal was zu bringen!)

dann sage ich Ihnen, in der Landesverfassung,

(Ralf Borschke, AfD: Sie haben jahrelang Zeit gehabt, was zu bringen. Außer heißer Luft kam nichts. – Glocke der Vizepräsidentin)

dann sage ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch um etwas mehr Ruhe. Der Redner hier vorne hat das Wort. Sie können Zwischenrufe machen, allerdings so, dass der Redner trotzdem seine Rede fortsetzen kann und jeder im Saal auch an dieser Rede teilhaben kann.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die AfD keine Redezeit mehr hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oooh!)

von daher greift diese Aufforderung ins Leere.

Sie können jetzt weitermachen, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Danke schön, Frau Präsidentin.

Gewandt an die AfD möchte ich Ihnen sagen, dass in der Landesverfassung, Artikel 26 Absatz 2 – damit Sie es zumindest mal gehört haben – unter der Oppositionsaufgabe steht: „Sie hat insbesondere die Aufgabe, eigene Programme zu entwickeln“

(Vincent Kokert, CDU: Hört, hört!)

„und Initiativen für die Kontrolle von Landesregierung und Landesverwaltung zu ergreifen“.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Das ist Ihre Aufgabe, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition vonseiten der AfD,

(Jochen Schulte, SPD: Und was sagen wir da? Lesen bildet!)

und nicht, dass Sie sich hier hinstellen mit einem 5-Punkte-Papier.

(Vincent Kokert, CDU: Nächstes Mal!)

Meine Vorredner haben es, glaube ich, ausreichend inhaltlich gewürdigt.

Ich glaube, wenn man es zusammenfassen würde – das ist meine erste kurze Einschätzung –, diese fünf Punkte sind ein gewisser Mix von hauptsächlich Bundes-, aber auch ein paar Landesthemen. Es ist in der Darstellung das meiste umgesetzt, einiges noch nicht, aber in Arbeit.

Und ein dritter Punkt, den ich eigentlich gerne so formulieren würde, dass es ein Papier von Vorschlägen aus Alt und Neu ist, aber leider kann ich es so nicht formulieren, weil in diesem Papier keine neuen Vorschläge zu erkennen sind. Ich glaube, dieses Papier diene einzig und allein dazu, ein Alibi für sich selbst zu liefern, dass Sie diesen Weg der Sondersitzung gegangen sind, ohne dass Sie im Vorfeld eine gewisse Substanz gehabt haben.

Ich möchte mir erlauben, einen, und zwar den Punkt 2 dieses Papiers, auch noch mal anhand Ihrer inhaltlichen Position, die Sie als AfD ja hier zu Markte tragen, etwas genauer zu untersuchen. Sie schreiben in Punkt 2: „Um die polizeiliche Präsenz in der Fläche zu stärken und das Sicherheitsgefühl der Bürger wiederherzustellen, ist die schnelle Aufstockung der Landespolizei unerlässlich.“ Jetzt frage ich mich natürlich, wenn Sie immer die sind, die so präzise sind und uns vorwerfen, wir produzieren nichts als heiße Luft: Wie präzise ist das dann?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Schnelle Aufstockung. Wenn ich Sie frage, wie viel, dann werden Sie die Antwort schuldig bleiben. Da gibt es sicherlich unterschiedliche Möglichkeiten, woran es liegen kann. Entweder wollen Sie seriös sein, weil Sie sagen, Sie sind dazu gar nicht in der Lage, die Zahl zu beziffern, und es ist reine Unkenntnis, wovon ich ausgehe, oder Sie wollen einfach populistisch agieren. Das können Sie sich aussuchen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich habe aber genau aufgrund dieses Satzes gestern noch auf Ihre Homepage geschaut, wo extra steht: „Unser Programm ... 2016“,

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

und da habe ich gedacht, da wirst du bestimmt inhaltlich weiter reichende Vorschläge finden.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Das Interessante ist natürlich, ob dieses Papier, also „Unser Programm ... 2016“ – Sie können nachher gerne noch darüber sprechen – in 2017 auch noch gilt.

(Vincent Kokert, CDU: Leider keine Redezeit mehr. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Da es aber heute noch auf Ihrer Homepage steht, gehe ich davon aus, das ist Ihre aktuelle Politik. Diese aktuelle Politik wurde am 26.09.2015 verschriftet. Vorredner von Ihnen haben gesagt, September 2015 war die Hochzeit dieser politischen Thematik, die wir jetzt besprechen. In dieser Phase haben Sie also Ihre Programmatik niedergeschrieben und das, davon gehe ich aus, ist Ihre Arbeitsgrundlage heute in der Diskussion und nicht dieses 5-Punkte-Papier.

In diesem Papier, Arbeitsgrundlage der AfD in diesem Lande, steht – auch für die Polizei, glaube ich, mal sehr wertvoll, das hier zu hören –: „Die AfD fordert den sofortigen Stopp des Personalabbaus bei der Polizei, um einen flächendeckenden Schutz für alle Bürger zu gewährleisten.“ Topsatz Nummer eins.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da kann ich Ihnen nur sagen, diese Koalition hat schon Anfang 2016 gehandelt, hat den Personalabbau gestoppt, Ihre Arbeitsgrundlage.

(Zuruf von Leif-Erik Holm, AfD)

Zu dem Punkt, wenn Sie sagen „heiße Luft“, sage ich nur: Wir haben gehandelt, Punkt erfüllt, abgearbeitet durch diese Koalition.

Dann kommt der zweite Treffer Ihrer Arbeitsgrundlage. „Deshalb werden wir alle 37 Revierstandorte erhalten und die Ausstattung der Landespolizei verbessern.“

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter!)

Ich weiß gar nicht, ob ich mich zu diesem Punkt inhaltlich groß äußern soll. A) frage ich Sie: Wer hat jemals die 37 Reviere infrage gestellt?

(Rainer Albrecht, SPD: Die AfD selbst. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Kein Mensch! Und b) sage ich Ihnen, an dieser Maßnahme, an diesem Zustand wird nicht gerüttelt – also auch erfüllt. Wenn das Ihre Arbeitsgrundlage ist,

(Vincent Kokert, CDU: Dann wundert der 5-Punkte-Plan auch nicht.)

damals den Personalabbau zu stoppen vor dem Hintergrund, dass Sie uns jetzt ständig vorwerfen, dass wir – und da sage ich natürlich als CDU, wir hätten gern 555 Polizisten mehr gehabt –

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt haben wir 300, das ist auch in Ordnung.)

nur 300 zusätzliche Stellen in die Fläche bringen, können Sie gerne im Koalitionsvertrag nachlesen, uns vorzuwerfen, wo wir parallel dazu schon ein halbes Jahr vorher den Personalabbau gestoppt haben, und sich dann hier hinzustellen und über Inhalte zu sprechen, also ich glaube, das verbietet sich von selbst.

Deswegen will ich der Öffentlichkeit gerne noch mal sagen: In der Ziffer 369 des Koalitionsvertrages – auch

da bin ich Herrn Dachner dankbar, dass er ganz klar sagt, es ist, so haben Sie es ja formuliert, eine „Lüge“, immer wieder 150 zu behaupten – steht ganz klar, „die Zahl der in der Fläche tätigen Beamtinnen und Beamten so rasch wie möglich um insgesamt 300 anheben“.

Auch in Ziffer 372 – konkretes Regierungshandeln – steht: „Zur Bewältigung der aktuellen zusätzlichen Aufgaben“ und so weiter und so fort „Sofortmaßnahme 100 zusätzliche ... Polizisten“.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Das ist Regierungshandeln unter dem Innenminister, den Sie gerade sonst wohin schicken wollten.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Der Innenminister ist mitverantwortlich dafür, dass das Regierungshandeln so ist unter SPD und CDU. Wir brauchen von Ihnen keine Maßnahmen wie diese Sondersitzung, 5-Punkte-Papiere, die keine Aktualität haben, und Ähnliches, sondern handeln Sie, schließen Sie sich uns an, dann aber bitte in Zukunft mit Lösungsansätzen, so, wie ich Ihnen das empfohlen habe! Das ist Ihr Job als Opposition. Dazu möchte ich Sie auffordern, damit es auch für mich eines Tages hier vorne etwas leichter wird und ich nicht meine Reden insbesondere immer so beenden muss, wenn die AfD gesprochen hat: Das war keine heiße Luft, sondern nur ein laues Lüftchen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Unbürokratisch handeln – Fluthilfen auf den Weg bringen, Drucksache 7/134. Hierzu liegen Ihnen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD auf den Drucksachen 7/135 und 7/136 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Unbürokratisch handeln –
Fluthilfen auf den Weg bringen
– Drucksache 7/134 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/135 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/136 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Aßmann, Fraktion der SPD.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wie Sie den Ausführungen des Ministers in den letzten Tagen und auch der Presse entnehmen konnten, hat die Sturmflut in der vergangenen Woche zum Teil erhebliche Schäden an unseren Küsten verursacht. Ich denke, allein der guten Vorbereitung der vielen Einsatzkräfte und Helferinnen und Helfer als auch den in den vergangenen Jahren errichteten Küstenschutzanlagen ist es zu verdanken, dass wir nach dem ersten Überblicken der Lage

mit einem blauen Auge davongekommen zu sein scheinen. Keine Person ist zu Schaden gekommen, keiner Wohnbebauung droht das Abrutschen ins Meer und kein Haus ist nach dem Naturereignis nach jetzigen Erkenntnissen unbewohnbar.

Die Sturmflut hat uns wieder mal gezeigt, dass wir die Natur respektieren, achten und schützen müssen. Nicht überall dort, wo der Mensch es besonders schön findet, sollte er sich auch niederlassen. Nach den ersten Einschätzungen der Behörde handelt es sich bei den Schäden hauptsächlich um abgetragenen Sand oder auch um angespültes Naturmaterial. Mit den Aufräumarbeiten wurde begonnen, die entwickelten Schutzmaßnahmen haben sich bewährt und der Einsatz der vielen Helferinnen und Helfer war wieder einmal absolut lobenswert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Von der Vorbereitung der Sandsäcke über das Absichern von Gefahrenstellen bis hin zum Abpumpen übergelaufenen Wassers und der Verpflegung der Einsatzkräfte gab es viele Aufgaben, die zu bewältigen waren. An dieser Stelle gilt mein recht herzlicher Dank all denjenigen Helferinnen und Helfern, die im unermüdlichen Einsatz den Zusammenhalt gezeigt und die Vorbereitung für die Fluthilfe so erfolgreich gemacht haben.

Während andere sich – wir haben das in den letzten Stunden eindringlich vernehmen können – auf dem Irrweg der islamistischen Geisterjagd befunden haben, haben wir uns damit beschäftigt, mit den Regierungsfractionen zu überlegen, wie können wir hier schnelle und unbürokratische Sofortmaßnahmen schaffen und die Flutschäden, die entstanden sind, beseitigen. Gemeinsam mit der Regierung gab es lange Gespräche. Mit dem vorliegenden Antrag wurde ein Hilfsfonds errichtet, der Mittel von bis zu 25 Millionen Euro bereitstellt. Vonseiten des Landwirtschaftsministeriums werden 10 Millionen Euro bereitgestellt oder eingeplant, zusätzlich kommen jeweils 5 Millionen aus dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium. Nach unserer Auffassung können auch weitere bis zu 5 Millionen aus dem Landeshaushalt entnommen werden.

Die Investitionen in die Reparaturen, die getätigt werden müssen, sollen nach unserer Auffassung nachhaltig und sinnvoll sein. Auch wollen wir, dass die Kommunen entsprechend ihrer finanziellen Stärke an den Maßnahmen beteiligt werden. Dieses schnelle Millionenpaket, das Ihnen vorliegt, ist also kein Freifahrtschein. Dort, wo starke Ab- und Unterspülungen festgestellt wurden, müssen schnelle Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Aufräumarbeiten und Reparaturen an Strandaufgängen laufen bereits. Dass die Natur sich nimmt, was ihr gehört, müssen auch wir als die Küste liebendes Völkchen akzeptieren. Demnach ist gut abzuwägen, wo und welche Reparaturen gemacht werden beziehungsweise auch, wo und wie wir zukünftig küstennah leben und bauen wollen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie im Namen der Regierungsfractionen um Zustimmung zu diesem Antrag, der schnelle und unbürokratische Hilfe nach den Flutschäden verspricht. Das ist genau das, was die Menschen in den Kommunen brauchen, eine schnelle Reaktion.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte natürlich auch nicht versäumen, auf die beiden Änderungsanträge einzugehen, die die Fraktion der AfD eingereicht hat. In der Drucksache 7/135 geht es darum, sich dafür einzusetzen, dass Bürger, denen die Sturmflut privat und/oder geschäftlich Schaden zugefügt hat, schnell unbürokratische Hilfe bekommen sollen. Ich nehme an, dass es in Ihrem Antrag um den Fall in Zempin geht, um den abgerutschten Kiosk.

An dieser Stelle sei der Hinweis gegeben, das ist ein kommunaler Eigentümer und kein privater Eigentümer dieses Kiosks. Es hat wieder mal den Anschein, dass es sich hier bewusst um öffentliche Täuschung durch die AfD handelt. Ich darf Ihnen versichern, dass in so einem Fall, wenn jemand privat geschädigt wurde, auch der Versicherungsschutz des Gebäudes greift. Wer sein Gebäude nicht versichert, dem darf man an dieser Stelle gerade in so einer küstennahen Lage dann auch grobe Fahrlässigkeit unterstellen.

In der zweiten Drucksache, 7/136, dem Änderungsantrag, geht es darum, dass die bisher geleisteten Küstenschutzmaßnahmen kritisch überprüft werden sollen. Ich weiß nicht, ob Sie sich jemals damit beschäftigt haben, was in den letzten Jahren hier im Landtag passiert ist, aber im zuständigen Fachausschuss ist es gang und gäbe, dass regelmäßig Bericht erstattet wird über die Küstenschutzmaßnahmen, den Erfolg oder Nichterfolg und über das, was noch gemacht werden muss. Wenn Sie sich damit beschäftigt hätten, dann wüssten Sie das wahrscheinlich auch. Damit ist dieser Antrag ebenso wie der vorige hinfällig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit und Zuruf aus dem Plenum:
Oh, Mignon ist noch nicht in Form!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Entschuldigen Sie, ich war noch beim Träumen. Okay, das ist aber kein Thema zum Träumen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst bin ich natürlich den Koalitionsfraktionen dankbar für die Aufsetzung dieses Tagesordnungspunktes. Wenn man bedenkt, fünf Tage ist es her, dass eine der schwersten Sturmfluten, die es in Mecklenburg-Vorpommern gegeben hat, stattgefunden hat – innerhalb so kurzer Zeit ein Programm aufzulegen, ist, glaube ich, Weltrekord. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei den Fraktionen und ich möchte in diesen Dank auch die Häuser, die sich an diesem Prozess beteiligen, mit einbeziehen. Das sind das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium. Ich weiß, dass das alles nicht selbstverständlich ist.

Wir gehen jetzt mal gedanklich, meine Damen und Herren, auch von der AfD, in das Jahr 1872 zurück. Da gab es die schwerste Sturmflut, die wir jemals in Mecklenburg-Vorpommern hatten. Wenn man bedenkt, dass zu der damaligen Zeit, am 13. November 1872, 271 Men-

schen ihr Leben gelassen haben und über 15.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nach der damaligen Statistik – über 15.000 Menschen! – obdachlos geworden sind, dann kann ich nur eins sagen: Ein Segen, ein Segen, dass diese Landesregierung über Jahre hinweg so viel Geld, nämlich insgesamt 500 Millionen Euro, für den Hochwasser- und Küstenschutz seit der Wende investiert hat, um den höchsten Schutzstatus für das Land zu erreichen. Ich glaube, das ist eine gute Leistung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Eins darf man schon mal vorwegnehmen: Ja, diese Küstenschutzmaßnahmen, die durch unsere Ingenieure im Lande entwickelt worden sind, haben dieser Naturgewalt – und die wird es immer wieder geben, diese Naturgewalt wird es immer wieder geben – getrotzt. Sie haben im Wesentlichen standgehalten. Es ist ein großes und überzeugendes Ergebnis, dass kein Mensch zu Schaden gekommen ist und dass kapitale Werte in diesem Lande nicht vernichtet worden sind – eine großartige Leistung, wofür ich mich an dieser Stelle ausdrücklich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wasserwirtschaft, bei den Feuerwehren, bei dem Innenministerium und auch bei den freiwilligen Helfern hier bedanken möchte. Auch das gehört dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Wenn man bedenkt, welche Wasserstände wir gehabt haben, dann will ich nur die größte Sturmflut 1872 noch einmal benennen. Im Übrigen hatten wir damals auf Usedom noch keinen Pegel,

(Burkhard Lenz, CDU: Und Wiek.)

auf Rügen sehr wohl

(Burkhard Lenz, CDU: In Wiek auch.)

und in Wiek auch. Aber wenn man sich überlegt – darauf kommen die Geografen vielleicht heute auch noch –, wir hatten damals, ich fange mal mit Wismar an, in Wismar einen Wasserstand von 2,80 Meter über Normalnull. 2,80 Meter! Was hatten wir in diesem Jahr? 1,60 Meter. Das heißt, anderthalb Meter unter der Höchstmarke.

Oder wenn ich hier an dieser Stelle Greifswald benennen darf. Auch darauf bin ich mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stolz, denn allen Unkenrufen zum Trotz hat das Sperrwerk Greifswald seine erste ganz, ganz große Bewährungsprobe bestanden.

(Thomas Krüger, SPD: Ganz richtig.)

Stellen wir uns bitte einmal vor, bei diesen Wasserständen, die wir jetzt hatten, nämlich 1,65 Meter über Normalnull, hätte die Altstadt von Greifswald unter Wasser gestanden. Ich hätte mal all diejenigen hören mögen, die sich in der Vergangenheit über irgendwelche, ich sage mal, dusseligen Sprühdüsen aufgeregt haben. Was wäre wohl gewesen, wenn die Altstadt von Greifswald unter Wasser gestanden hätte? Auch das ist eine großartige Leistung unserer Wasserwirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Weitsichtig!)

Mit Blick auf den Sturmflutschaden, den wir haben, muss man ebenfalls feststellen, natürlich ist es so, dass das kein alltägliches Naturereignis ist. Die Küstendynamik wird uns auch in den nächsten Jahrhunderten begleiten, aber mit schweren Sturmfluten müssen wir immer wieder rechnen. Deswegen ist ein Fazit hier und heute schon: Sturmflutschutz, Hochwasserschutz, Küstenschutz ist eine dauerhafte und permanente Aufgabe. Wer da etwas vernachlässigt, kriegt die Strafe bei der nächsten Sturmflut. Nach der Flut ist vor der Flut, vollkommen klar, und genauso handeln wir.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich Frau Aßmann unterstützen. Die beiden Anträge, die von der AfD gekommen sind, sind ehrenwert, gar keine Frage. Ich möchte Ihnen nur ans Herz legen: Schauen Sie sich den Generalplan Küste an! Das war das erste Grundwerk nach der Wende, das in diesem Hause entstanden ist. Damit kommt die Antwort auf Ihren Antrag: Wir haben heute ein Regelwerk Küste, das laufend fortgeschrieben wird. Darüber habe ich in den letzten Jahren mehrfach im Agrarausschuss berichtet. Ein Glück, dass wir auch bei diesem Thema dazu übergegangen sind, dieses permanent zu überprüfen und gegebenenfalls nach neuen Lösungen zu suchen. Auch der Klimaschutz und dessen Folgen, die in dem Zusammenhang stehen, sind darin mit eingearbeitet worden.

Wir sind, auch das ist eine entscheidende Aussage, in diesem Lande auf Naturereignisse eingestellt, und zwar in einem 200-jährigen Wiederkehrereignis. Das, was wir jetzt durchlebt haben am 4. und 5. Januar, war ein 20-jähriges Wiederkehrereignis, das heißt, nach 1995 war diese eine der stärksten Sturmfluten, die wir an der Küste erlebt haben.

Ich kann Ihnen heute sagen, ich bin stolz darauf, dass die Hochwasser- und Küstenschutzanlagen dieses Ereignis abgewehrt haben. Eine Gefährdung für Menschen und Sachgüter in den geschützten Gebieten ist nicht erfolgt. Die technischen Anlagen haben funktioniert. Die erste wirkliche Bewährungsprobe des Sperrwerkes habe ich bereits genannt.

An dieser Stelle ist auch wichtig, weil die Diskussion werden wir in den nächsten Wochen und Monaten haben: Wenn man bedenkt, wir haben an der direkten Küste 377 Kilometer Außenküste. Davon sind umbauter Raum 140 Kilometer. Dafür ist das Land zuständig, dafür sichern wir den Menschen und den kapitalen Werten den höchsten Schutzstatus zu. Das bedeutet aber im Umkehrschluss auch, dass auf 230 Kilometern dieser Schutz nicht garantiert werden kann. Auf der einen Seite muss man der Natur Raum lassen, um sich austoben zu können, und auf der anderen Seite wäre es finanziell, ökologisch und ökonomisch überhaupt nicht möglich, dieses abzusichern. All denjenigen, die da meinen, man kann auf Steilküsten Kioske bauen oder man kann auch andere technische Anlagen errichten, denen kann ich nur noch mal sagen, ganz freundschaftlich und in aller Konsequenz: Wer so handelt, arbeitet nicht nachhaltig. Der wird die Quittung bei der nächsten Sturmflut bekommen.

Im Übrigen weise ich darauf hin – das Bild von dem leider abgestürzten Kiosk haben wahrscheinlich alle von uns irgendwo in den Medien gesehen –: Wir haben uns bereits im April 2015 an die Baubehörden gewandt mit der Bitte, diesen Kiosk aufgrund seiner gefährdeten Standsicherheit zu entfernen. Die Baubehörden haben

nicht reagiert. Außerdem ist es ein Kiosk – der Staatssekretär war ja mit vor Ort –, der im Besitz einer Gemeinde ist. Dass diese jetzt traurig ist, dass der abgestürzt ist, das verstehe ich alles. Aber auf der anderen Seite kann man nicht nach dem Staat rufen, wenn man sehenden Auges in eine solche schwierige Situation hineinläuft.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Auch das sage ich noch mal in aller Deutlichkeit.

Wir werden – Frau Aßmann hat es auch betont – über den Hilfsfonds, für den ich mich sehr herzlich bedanke, sehr genau zu prüfen haben, welche Nachhaltigkeitsgesichtspunkte dort im Vordergrund stehen. Ich sage noch mal: Auf einer Steilküste, die abbruchgefährdet ist und in die auch immer wieder Sediment hineingegeben werden muss, wird man keine Infrastrukturanlagen auf Dauer errichten können. Das geht nicht, das funktioniert nicht. Es ist auch populistisch, wenn man da meint, man will das wieder tun. Ich warne davor, und zwar ausdrücklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es wird deutlich, bei einer Sturmflut mit einem Wiederkehrintervall von 200 Jahren sind unsere Ortschaften in diesem Lande geschützt. Auch das habe ich bereits deutlich gemacht. Ich möchte aber keinesfalls die Wirkung der aktuellen Sturmflut kleinreden. An fast allen Dünen – und das ist das, was ich heute einschätzen kann –, an fast allen Dünen kam es zur Entstehung von Dünenkliffs, das heißt, die sind ausgehöhlt. Ich möchte hier und heute ausdrücklich vor dem Betreten dieser Küstendünen warnen, insbesondere Kinder und Eltern warnen. Hier besteht akute Lebensgefahr, sowohl an den Steilküsten als auch an den Küstenschutzanlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Diese Überhänge sind zum Teil bis zu fünf Meter groß, das heißt, diese Aushöhlungen, die man nicht erkennen kann oder unter denen man vielleicht spielt, sind ein akutes Lebensgefahrnis. Ausdrücklich: Betreten verboten!

Wir haben an einigen Dünen bis zu acht Meter – acht Meter! – Abträge zu verzeichnen. Damit ist deutlich, dass wir erhebliche Schäden haben. Wir haben auch an Hochwasserschutzdeichen, die durch das Land Mecklenburg-Vorpommern geleitet werden, erhebliche Schäden. Damit waren die Auswirkungen dieser Flut deutlich stärker als 2002 und 2006. Ein Segen, dass der Wind dann doch nachgelassen hat und die Wasserstände sehr schnell zurückgegangen sind, sonst hätten wir noch erheblich größere Schäden gehabt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber genau das ist auch Natur. Sie holt sich bei einer Sturmflut in geballter Form Land und lagert dieses Land und diesen Sand an anderen Stellen wieder ab. Wir können diesen Prozess nicht unterbinden, sondern im Schadensfall unsere Küstenschutzanlagen im umbauten Raum nur schnell wieder instand setzen. Genau das ist jetzt die Aufgabe. Das passiert im Übrigen bereits derzeit auf Hochtouren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses und der Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt sind momentan dabei – ich glaube, Sie haben es auch wahrgenommen –, auf unsere Bitte hin zu befliegen, ein Laserscanverfahren durchzuführen und auch terrestrische Aufnahmen vorzunehmen.

Wir können heute vier generelle Hotspots feststellen. Das heißt, das sind die großen Gefahrenpotenziale, die wir

erkennen, wo dringend Handlungsbedarf besteht. Das ist Usedom, das ist die Gemeinde Zempin, und zwar an der Durchbruchstelle, nicht an dem Hochufer. Ich sage das ausdrücklich. Das ist Glowe mit der Insel Rügen, das ist das Fischland-Darß, insbesondere Zingst, aber auch Neuhaus gehört dazu. Wir bewegen uns dann in Richtung westlicher Teil, das ist Graal-Müritz. Das sind die vier großen Schadenspotenziale, die wir heute schon erkennen können. Diese Küstenabschnitte standen bereits vor der Sturmflut auf der Prioritätenliste für Aufspülungen, sodass hier der aktuelle Handlungsbedarf am größten sein wird. Die genaue Analyse der Schäden werden wir innerhalb der nächsten 14 Tage haben und ich bin gerne bereit, das dann dem Hohen Hause darzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns auch vor Augen halten, wenn es hier Sicherheitsdefizite gibt, werden wir diese durch Sofortmaßnahmen, insbesondere durch die Vorspülung von Sand, den wir aus dem Meer wieder herausholen, vornehmen. Dafür werden wir die von Frau Aßmann und auch von mir genannten 10 Millionen Euro aus unserem Ministerium bereitstellen. Darüber hinaus wird die Landesregierung mit bis zu 15 Millionen Euro für den kommunalen Wiederaufbau mit Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Mittel bereitstellen.

Ich freue mich ausdrücklich, dass es hier eine sehr schnelle interministerielle und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit gegeben hat. Ich will aber an dieser Stelle auch vor überzogenen Erwartungen warnen. Wir werden sicher nicht überall in gewünschter Weise helfen können und es wird auch nicht immer von jetzt auf gleich die Hilfe bereitgestellt werden können. Aber eins ist unser gemeinsames Ziel: In diesem Jahr ist am 16. April Ostersonntag. Unser gemeinsames Ziel besteht darin, zu Ostern, zu dem Saisonstart im touristischen Bereich, im Wesentlichen unsere Küsten wieder in ihrem Glanze erstrahlen zu lassen. Aber ich betone an dieser Stelle auch ausdrücklich: Wir werden bis dahin mit den Aufspülmaßnahmen, den Reparaturen, die eine Vorlaufzeit brauchen mit Ausschreibungen und allem, was dazugehört, nicht an jeder Stelle komplett alle Schäden beseitigt haben. Das ist ein Prozess von Jahren und ein dauerhafter Prozess. Aber für mich gilt es, die nächsten gut drei Monate zu nutzen, um für unser schönes Bundesland die richtigen Entscheidungen zu treffen und letzten Endes die Maßnahmen einzuleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man kann abschließend feststellen: Die Investitionen von insgesamt 500 Millionen Euro, die seit 1991 immerhin 17 Millionen Kubikmeter Sandaufspülung und die über 1.000 Buhnen, die gebaut worden sind, haben uns geholfen in dieser schwierigen Situation. Unsere Küste ist geprägt von diesem Naturschauspiel. Noch mal: Nicht umsonst beschränkt sich das Landeswassergesetz im Küstenschutz auf die Sicherung im Zusammenhang bebauter Gebiete. Auch das Raumordnungsprogramm des Landes Mecklenburg-Vorpommern und die gutachterlichen Landschaftspläne gehören dazu und diese sind festgeschrieben.

Diese Beschränkung stößt aber bei Küstenkommunen zunehmend auf Unverständnis, wie unter anderem immer wieder in Zempin darauf hingewiesen worden ist. Es werden immer wieder Forderungen laut, den Küsterrückgang auch dort zu stoppen, wo es keine im Zusammenhang bebauten Gebiete gibt. Ich kann hier heute nur

noch mal sagen: Ich warne davor – auch wenn ich diese Forderung menschlich sehr gut verstehen kann, wenn man ein solches Ereignis hinter sich gebracht hat –, aus fachlicher, aus ökonomischer und aus ökologischer Sicht ist das nicht umsetzbar und wir haben auch die rechtlichen Grundlagen dafür nicht. Noch mal ausdrücklich: Es bedarf in dieser Küstendynamik immer wieder eines Küstenabtrages. Auch das gehört zu dieser Verbundentwicklung. Insofern brauchen wir auch Abträge und Sand in dem System, was aus den Steilufern und aus nicht geschützten Gebieten kommt. Anderenfalls müsste der natürliche Sedimentdefizitfaktor ausgeglichen werden. Dass es hier nicht überall in der Ostsee ausreichend Sandvorkommen gibt, dürfte den Fachleuten bekannt sein, und welche naturschutzfachlichen Hintergründe dieses Thema hat, dürfte hoffentlich auch jedem klar sein, abgesehen davon, dass es keiner bezahlen kann. Einen Kubikmeter Sand auf die Strände zu spülen, kostet 10 Euro.

Ich sage abschließend, es muss alles dafür getan werden, dass die Küstenabschnitte, die bebaut sind, gesichert werden und dass wir auf der anderen Seite die natürliche Küstendynamik nicht unterbinden. Alles andere ist im wahrsten Sinne des Wortes auf Sand gebaut und wird nicht durchtragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Herr Minister.

Der Minister hat seine angekündigte Redezeit um sieben Minuten überschritten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, das war ja wenig heute!)

Diese Redezeit steht, wie bekannt, den Oppositionsfraktionen zusätzlich zur Verfügung, der AfD vier Minuten und der LINKEN drei Minuten.

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Arppe von der AfD-Fraktion.

Holger Arppe, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger draußen im Lande und auch da hinten im Saal!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die im Radio
nicht vergessen. – Andreas Butzki, SPD:
Und die im Fernsehen auch nicht.)

Wir haben alle Bürger im Blick, anders als Sie, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut, sehr gut.)

Sehr schön. Dann fahre ich mal fort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, wohin? –
Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD)

„Heut bin ich über Rungholt gefahren,
die Stadt ging unter vor fünfhundert Jahren.
Noch schlagen die Wellen da wild und empört,
wie damals, als sie die Marschen zerstört.“

Vielleicht kennen Sie diese Ballade des norddeutschen Dichters Detlev von Liliencron. Sie bezieht sich auf die

große Sturmflut vom 15. Januar 1363 – also noch etwas früher als die, die der Minister eben erwähnte – und eine dabei buchstäblich im Meer versunkene friesische Stadt. Der Gedanke, in irgendeiner nahen oder fernen Zukunft würde man solche Lieder auch über einen Ort an der Ostseeküste von Mecklenburg-Vorpommern singen, dürfte wohl keinem von uns behagen. Darum ist es richtig und wichtig, dass der Landtag heute hier berät, wie die Folgen des Hochwassers vom 4. und 5. Januar 2017 zügig beseitigt werden können.

Darüber hinaus erwarten die Bürger aber auch eine Antwort auf die Frage, was getan werden kann und muss, um bei künftigen Naturereignissen dieser Art die Schäden so gering wie möglich zu halten. Dazu müssten die hier bisher geleisteten Küstenschutzmaßnahmen jedoch einer kritischen Prüfung unterzogen werden, dem aber verschließt sich der Antrag von SPD und CDU ganz offensichtlich. Stattdessen soll der Landtag feststellen, dass immer alles richtig gemacht und nichts versäumt wurde. Selbstzufriedenheit, ja, Selbstgefälligkeit sind freilich kein guter Ratgeber für eine Regierung, wenn man die Verhältnisse in unserem Lande auch in dieser Frage nachhaltig verbessern will.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Rainer Albrecht, SPD: Haben Sie zugehört,
was der Minister eben gesagt hat?
Haben Sie wieder geschlafen?)

So richtig rund würde die parlamentarische Initiative der Koalitionsparteien sein, wenn auch die Einzelschicksale der durch die Sturmflut in ihrer Existenz bedrohten Bürger darin Erwähnung fänden.

(Burkhard Lenz, CDU:
Wie viel sind das insgesamt?)

Was wird aus solchen Menschen, die hier so lapidar mal eben am Rande erwähnt wurden, wie auch die Betreiberin dieser Imbissbude in Zempin auf Usedom? Ich finde es ziemlich schäbig, wenn man einer Frau, die, auch wenn sie vielleicht nicht immer auf jeden gut gemeinten Rat gehört hat,

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

wenn man dieser Frau jetzt, da sie vor den Trümmern ihrer Existenz steht, Herr Krüger, empfiehlt, sie hätte ja eine Versicherung abschließen können. Ich möchte mal wissen, ob Sie schon mal auf die Idee gekommen sind, einen einzigen Flüchtling zu fragen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Minister Dr. Till Backhaus: Da kommt wieder
Ihre rechte Gesinnung durch, was?! –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

ob er eine Versicherung abgeschlossen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Wissensbasierte Politik
sieht anders aus. Informieren Sie sich!
Kommunales Gebäude.)

Ja, trotzdem.

(Thomas Krüger, SPD: Was „trotzdem“? –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Trotzdem, Sie helfen ja auch den Kommunen.

(Christian Brade, SPD: Aber trotzdem.)

Sie müssen sich da jetzt nicht rausreden.

(Thomas Krüger, SPD: Was hat das mit Rausreden zu tun?)

Nein, natürlich, natürlich.

(Thomas Krüger, SPD: Wissensbasierte Politik, das sieht anders aus als das, was Sie hier tun. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Ja, nee, es ist ja immer dasselbe.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Es sind immer die anderen und nicht Sie.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

Wir wünschen uns natürlich, dass solche Leute wie diese Frau Hofmann in Zempin und auch andere Geschädigte auf schnelle und unbürokratische Hilfe hoffen können. Warme Worte und Ausflüchte reichen hier leider nicht, Herr Krüger.

Die Fraktion der AfD hat daher zwei Änderungsanträge vorbereitet, welche die Initiative von SPD und CDU nicht im Geringsten schmälern, sondern vielmehr in zwei wichtigen Punkten ergänzen. Es wäre also ein gutes Zeichen an das Volk, an die Bürger, wenn der Landtag hier und heute in der gebotenen Einigkeit die richtigen Konsequenzen aus der jüngsten Sturmflut zieht und sowohl den Antrag von SPD und CDU als auch die Ergänzungsvorschläge der AfD unterstützt und in die Ausschüsse verweist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich erteile das Wort Herrn Lenz von der Fraktion der CDU.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wenn sich einer mit Küste auskennt, dann Herr Lenz.)

Burkhard Lenz, CDU: Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wasser, Naturgewalten, Küste – das Tief „Axel“ hat in der letzten Woche in dramatischer Weise verdeutlicht, dass die Natur sich vom Menschen nicht bändigen lässt. Das kann man überall auf der Welt erleben. Wer schon ein bisschen herumgekommen ist, der weiß, welche Kräfte die Natur in allen Gebieten unseres Erdballs zu bieten hat, wogegen der Mensch ganz einfach machtlos ist.

Auch wenn einzelne wirtschaftliche Existenzen gefährdet sind – ich rede jetzt wirklich nur von einzelnen Existenzen –, können wir froh sein, dass das Sturmhochwasser beziehungsweise die Sturmflut in der Ostsee zum Glück keine Menschenleben gefordert hat. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich anstatt „Sturmflut“ lieber „Sturmhochwasser“ sage!

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Ich bin gestern zwar eines Besseren belehrt worden, Sturmhochwasser ist für mich für die Ostsee eigentlich gebräuchlicher, aber man redet bei uns, um den Unterschied zwischen Hochwasser an Land und Hochwasser vom Wasser her deutlich zu machen, lieber über Sturmfluten. Das ist allgemein verständlicher, sagte man mir gestern.

Dass nach diesem Hochwasser betroffene Kommunen vor großen Herausforderungen stehen, das ist uns natürlich bewusst, aber, meine Damen und Herren, hier wurde der Küstenschutz in unserem Land kritisiert, dem muss ich widersprechen. Der Küstenschutz ist in den letzten 25 Jahren bei uns so was von verbessert worden, Herr Arppe, das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Rainer Albrecht, SPD)

Wir haben zig mehr Buhnen an der Küste stehen, die die Strömungen und die Sandtransporte von den Stränden weghalten, als vor 1990.

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Allerdings – und das muss man wissen, wenn man über Küstenschutz redet –, wissen Sie, wie viel Prozent unserer Küsten Abrasionsküsten sind? Über 70 Prozent sind Abrasionsküsten.

(Tilo Gundlack, SPD: Jetzt erklär ihm noch mal, was Abrasionsküsten sind!)

Wir haben 15 Prozent Akkumulationsküsten und 15 Prozent Ausgleichsküsten. Das heißt, über 70 Prozent unserer Küsten sind Abtragungsküsten, und die können Sie nicht ganz einfach durch irgendwelche Steinwälle schützen. Das geht nur, indem wir versuchen, die Strömungen vom Strand wegzuhalten, und das haben wir mit über 500 Millionen in den letzten 20 Jahren versucht zu machen. Wir brauchen auch Abrasionsküsten, damit wir auf der anderen Seite wieder Strände haben, Herr Arppe. Das muss man auch sagen.

(Holger Arppe, AfD: Ich habe nichts in dieser Richtung gesagt.)

Ich möchte Ihnen mal kurz erklären,

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

wie das zu diesen Hochwassern gekommen ist in den letzten Jahren. Ich weiß nicht, ob einer am letzten Mittwoch irgendwo am Wasser gestanden hat, gebangt hat –

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

du auch, das kann ich mir denken, bei euch in Wismar war es noch höher als bei uns – und mitbekommen hat, wie das Wasser gestiegen ist.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich will Ihnen mal kurz erklären, wie es zu solchen Situationen kommt. Dieses Mal hatten wir das Glück, dass lediglich ein Sturmtief durchgezogen ist, auf dessen Vorderseite wir nur Südwestwind hatten. Wir hatten den

Nachteil, dass die Ostsee aufgrund der langwierigen Südwest-bis-Nordwest-Wetterlage 50 Zentimeter mehr Wasser hatte als normal. Auf der Rückseite des Tiefs hatten wir auf einmal Nordostwind. Die Meteorologen wissen das. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, dass der Wind immer in Uhrzeigerrichtung in das Tief hineinbläst. Dadurch kam dieser Wasserschwapp aus der nördlichen Ostsee in die südliche

(Thomas Krüger, SPD: Das ist eine wissensbasierte Rede hier.)

und brachte bei uns in Lauterbach ein Hochwasser von 1,50 Meter über Normalnull. Wäre das so gekommen wie in der Nacht vom 2. zum 3. November 1995, als hinter dem Sturmtief gleich noch ein Hoch kam mit sehr starken nordöstlichen Winden, ich weiß nicht, was dann passiert wäre. Wir sind in Lauterbach schon mit einem Schlauchboot über die Werft gefahren, das wir vorher an der Terrasse festgemacht hatten, damit wir die durch die Gegend schwimmenden Müllmulden wieder einfangen konnten, so hoch war das Wasser schon. Aber wenn man nicht weiß, was Voraussetzung für eine Sturmflut oder für ein Sturmhochwasser in der Ostsee ist, dann lässt sich auch leicht darüber diskutieren und irgendjemanden als Schuldigen dafür finden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –

Rainer Albrecht, SPD: Das hast du sehr gut erklärt. – Vincent Kokert, CDU: Endlich mal einer, der sich auskennt hier.)

1872 – über diese Sturmflut möchte ich gar nicht reden, da kam nämlich zu diesem Hochwasserstand, den wir in der Ostsee schon hatten, durch starke südwestliche Winde nach diesem Tief auch ein extremes Hoch mit Orkanwindstärken, das zu diesem Wasserstand führte. Über 200 Gebäude sind kaputtgegangen, die Anzahl der Menschen, die obdachlos geworden sind, hatten Sie genannt. 200 Menschen sind, glaube ich, ums Leben gekommen,

(Minister Dr. Till Backhaus: 221.)

und in Greifswald/Wieck sieht man diesen Pegel noch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir waren diesmal nicht nur betroffen im Hafen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe auch so ein paar Probleme, denn der Hochwasserschutz wird ja geregelt im Paragraphen 83 des Landeswassergesetzes. Sie haben immer wieder darauf hingewiesen, sehr geehrter Herr Minister, dass alle im Zusammenhang bebauten Gebiete dadurch geschützt werden sollten. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meiner Gemarkung in Freetz sagen, das war eines der ersten Schöpfwerke, die 1990 weggenommen worden sind. Der Greifswalder Bodden stand bis ungefähr hundert Meter von einem Dorf entfernt, das eigentlich drei Kilometer vom Bodden weg war. Bis dahin war das Wasser gelaufen. Hätten wir das Schöpfwerk noch, dann wäre das vielleicht nicht so gewesen.

Dass wir unbedingt etwas tun müssen und der Küstenschutz bei uns eine hochrangige Rolle spielt, das werden wir im Zusammenhang mit dem Landeswassergesetz weiter besprechen. Aber was mich ein bisschen stutzig macht, ist ja, dass wir, wenn wir jetzt Kiesentnahmen aus der Ostsee zum Schutze vor Hochwasser machen – wir

haben über 240 Kubikmeter Gebiete ausgewiesen, die wir zur Rohstoffgewinnung nutzen können, Entschuldigung, ich möchte noch mal die Zahl verbessern, es sind 412 Quadratkilometer, die wir als Gewinnungsfelder für sandige Rohstoffe bei uns nutzen können –, was mich aber stutzig macht, ist, dass wir, bevor wir diese nutzen können, Schwierigkeiten mit dem internationalen Naturschutzrecht bekommen, wir Umweltverträglichkeitsprüfungen machen müssen, wir mit dem Bergrecht konfrontiert werden. All das sind Sachen, die wir in diesem Falle umgehen müssen und können, weil, Herr Minister, Gefahr in Verzug ist. Ansonsten müssten wir wirklich mal darüber nachdenken, wenn wir zum Schutze unserer Küsten aus dem Sand, der vor unseren Küsten liegt, zusätzlich zu den Kosten, die wir für die Aufspülung der Hochwasserschutzanlagen nutzen, auch noch Ausgleichsmaßnahmen an Land machen müssen, denn dadurch verteuern sich die Küstenschutzmaßnahmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister hat einige Schäden an bestimmten neuralgischen Punkten unserer Küste genannt. Ich möchte noch auf zwei, drei hinweisen, die Sie nicht genannt haben, die vielleicht für Sie auch neu sind, die aber bei der Überfliegung bestimmt bekannt werden, denn der Bürgermeister von Thiessow hat mir vorgestern Bilder vom Süderperd geschickt. Sie werden es wissen, dass durch den Landschaftspflegeverband über Liegenschaften der ehemaligen Sowjetunion alles schön entsorgt und ein wunderbares Areal geschaffen worden ist. Da ist das Süderperd so weit weggebrochen, dass elektrische Kabel aus den Steilufern heraushängen. Hier wird es dringend notwendig, dass etwas getan wird. Der Bürgermeister sagte mir, er schicke da keinen seiner Gemeindearbeiter hin, um etwas zu richten. Außerdem sind nicht nur auf dem Darß die Hochwasserdeiche kaputtgegangen, sondern in Thiessow am Oststrand sind auf einer Länge von zweieinhalb Kilometern die Deiche bis zur Hälfte weg. Auch da muss so schnell wie möglich Hilfe gebracht werden.

Meine Damen und Herren, die nunmehr durch das Tief „Axel“ verursachten Schäden stellen sowohl für die Kommunen als auch für das Land besondere Herausforderungen dar. Deshalb haben wir uns als Koalitionsfraktionen auf einen Hilfsfonds geeinigt, der zur Beseitigung von Flutschäden auf den Weg gebracht werden soll, und bitten Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Lenz.

Das Wort erhält nunmehr Herr Dr. Weiß von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weshalb wir hier über Sturmtief „Axel“ reden: Wir haben sicherlich alle mit erheblichem Mitgefühl, mit einer erheblichen Portion Ehrfurcht vor den Gewalten der Natur, diesem – man kann es schon nicht mehr so nennen – Schauspiel, was da vorige Woche passiert ist, zugeschaut, einige beige-wohnt. Aber auf der anderen Seite kann man auch fast sagen: „The same procedure as every year“. Wie auch immer, es ist Natur. Und dass es dieses Mal etwas heftiger ausging, es war die stärkste Sturmflut seit 2006, sagt eigentlich überhaupt nichts. Es ist Natur und es ist auch

völlig egal, ob wir hier in Hunderten oder in Zweihundertern reden, was die Jahresbemessung anbetrifft, darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Bei allen zu beklagenden Schäden – auch das wurde bereits gesagt – gab es eine sehr gute Nachricht: Es gab weder Tote noch Verletzte. Allerdings waren die erheblichen Schäden, die zu beklagen sind, zum Teil sehr eindeutig, zum Teil noch nicht erkennbar: vollgelaufene Keller, abgesoffene Autos, überflutete und gesperrte Straßen, zerstörte touristische Infrastruktur, Küstenabbrüche, angegriffene und beschädigte Schutzdeiche und Dünen. Es gibt viel zu reparieren, das kostet Geld, das kostet viel Geld. Deshalb ist es gut, dass die Koalitionsfraktionen heute diesen Antrag vorlegen, der schnelle und unbürokratische Hilfe verspricht und alle Zuständigen in die Pflicht nimmt, auch wenn die Höhe der tatsächlichen Schäden – und denken wir auch an die Folgeschäden – noch gar nicht bekannt ist und bekannt sein kann.

Meine Fraktion hat vorgestern beantragt, dass uns dazu die Landesregierung zeitnah im Agrarausschuss berichtet. Ich bedauere an dieser Stelle nur, dass es keinen fraktionsübergreifenden Antrag gab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, ich kann mir heute keine Ablehnung Ihres Antrages vorstellen. Allerdings werden die Soforthilfen – definiert bis 500 Millionen Euro vom Land –, denke ich mal, bei Weitem nicht ausreichen. Erste Überschlänge zeigen bereits ...

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD:
Nicht 500, 25! So viel haben wir nun nicht. –
Minister Dr. Till Backhaus: 25!)

Jetzt ist aber doch der Wunschtraum mit mir durchgegangen und ich danke für diesen Intelligenztest, den Sie mir hier abringen Ihrerseits, oder die Aufmerksamkeit.

(Vincent Kokert, CDU: Wir hören zu.)

Aus unserer Sicht müsste es im Punkt 1 ...

(Harry Glawe, CDU: Wir hören genau zu.)

Danke, danke. Das macht eine Runde.

... der Aufforderung an die Landesregierung nicht „bis zu 25 Mio. Euro“, sondern vielleicht doch besser „mindestens 25 Mio. Euro“ heißen.

Und noch etwas: Dass die Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich Verantwortung tragen, wie im Punkt 3 explizit ausgedrückt, steht für uns außer Frage, zumal in der Vergangenheit tatsächlich Fehler begangen wurden. Natürlich ist es bedauerlich, dass wie in Zempin auf Usedom ein Kiosk praktisch unsanierbar zerstört wurde. Immerhin hängt daran mindestens eine wirtschaftliche Existenz. Es ist eine persönliche Katastrophe. Das aber in den Mittelpunkt zu stellen, widerspricht dem allgemeinen Sinn des Antrages.

Andererseits muss die Frage erlaubt sein, warum in einem solch gefährdeten Gebiet überhaupt gebaut wurde, auch wenn in einem solchen konkreten Falle die Genehmigung sicher lange zurücklag und der Strand wohl noch weiter weg war als vor der Sturmflut. Ich habe immer wieder noch die Worte des Ministers im Ohr, „Nordmaga-

zin“ macht es möglich, der bei seinem Besuch vor Ort sinngemäß bemerkte, dass es manche wohl nie lernen werden, dass in einem solchen Abschnitt nicht gebaut werden sollte. Das Gleiche gilt aus unserer Sicht für öffentliche touristische Infrastruktur und Anlagen. Aber wer definiert in diesem Zusammenhang, welche Kommune leistungsfähig ist und welche nicht, wenn es denn um Hilfen geht? Das ist uns zu schwammig und auch nicht gerecht. Meine Fraktion würde sich wünschen, dass hier vielleicht sogar eine konkrete prozentuale Höhe der Beteiligung der Kommunen stehen würde.

Eines möchten wir auch klarstellen: Wenn sich ein armes und strukturschwaches Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern anmaßt zu entschließen, umgehend eine Art Soforthilfe für Sturmflutschäden einzurichten, dann sollte unsere Landesregierung eine gleichartige Forderung an den Bund richten. Wer eine Schuldenbremse einzieht und für eine mangelhafte finanzielle Ausstattung der Bundesländer sorgt, der sollte auch für Soforthilfe bereit sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Trotzdem möchte ich die klare Erwartungshaltung meiner Fraktion aussprechen, dass die betroffenen Kommunen entlang der Ostseeküste trotz aller Zuständigkeitsprobleme nicht überfordert werden dürfen. Nicht alle können es sich leisten, sofort alle Strandzugänge und Schäden an der Infrastruktur sowie an den Dämmen und Deichen selbst zu reparieren. Bei solchen Fällen muss das Land schnell und unbürokratisch einspringen, das ist ja auch der Sinn des Antrages und das ist auch gut so. Die nächste Urlaubssaison steht bevor. Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Der Minister selbst hat eben den 16.04. ins Spiel gebracht, ein denkwürdiges Datum.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ebenso muss von allen Zuständigen – und ich wiederhole das und betone es, von allen Zuständigen – mehr über vorbeugenden Hochwasser- und Sturmflutschutz nachgedacht werden, denn eines ist klar: Bedingt durch den real existierenden Klimawandel wird der Meeresspiegel auch in den nächsten Jahrzehnten ansteigen, und das nicht einfach nur um wenige Zentimeter. Dieser Anstieg kommt dann noch zu einer eventuellen Sturmflut dazu.

200 Jahre sind vielleicht eine gute Bemessungsgrundlage für entsprechende Berechnungen, aber, meine Damen und Herren, allein mit dem Modellvorhaben der Raumordnung, an den sich die Planungsregion Vorpommern beteiligt hat und wo gerade zu diesem Sachverhalt erhebliches Forschungspotenzial auf den Tisch gelegt wurde, zeigt uns ganz deutlich, was passieren würde, wenn die in den nächsten 50 Jahren erwarteten Anhebungen des Meeresspiegels mit einer solchen Flut kombiniert werden. Da geht es weiter, da geht es um Einträge bis ins Grundwasser, da geht es um viele Dinge, die wir oberflächlich überhaupt nicht sehen.

Passiver Hochwasserschutz lässt sich aber nicht unendlich verbessern, jedenfalls nicht zu gesellschaftlich vertretbaren Kosten. Vielmehr müssen wir neu lernen, mit der Natur zu leben und unsere Strategien zum Hochwasserschutz neu zu überdenken. Das ist eine mittel- und langfristige Aufgabe, egal, wer die Landesregierung stellt. Die Natur hat keine Uhr, die sich nach Legislaturperioden richtet, und ich bin als Geograf mindestens auch soweit

Geologe, dass ich noch in ganz anderen Zeithorizonten zu rechnen vermag.

Frau Präsidentin, meine Fraktion beantragt die Einzelabstimmung der Punkte 1 bis 3 des Aufforderungsteils des Antrages. Sicher haben Sie sich das nach meinen Anmerkungen bereits denken können.

Trotzdem zum Schluss noch eine Bemerkung: Die Jubelarien im Feststellungsteil des Antrages hätte man sich sparen können, liebe Antragstellerinnen und Antragsteller von SPD und CDU, denn das, was Sie bejubeln, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, so steht es nämlich im Gesetz.

(Egbert Liskow, CDU: Wir wollen doch nicht jubeln. Das sind Feststellungen.)

Das steht nur obendrüber.

Meine Damen und Herren, die Bemerkungen von Herrn Lenz verführen mich allerdings noch zu einer weiteren Überlegung und die möchte ich hier nicht für mich behalten.

(Marc Reinhardt, CDU: Schade!)

Das mag ja sein, dass Sie das bedauerlich finden, aber die Leute, die am Strand wohnen, sehen das vielleicht anders.

Die Strandedynamik, die wir beobachten, ist mittlerweile ein relativ deutliches Hin- und Herschaukeln zwischen dem, was im Uferbereich im Trockenen und im Feuchten passiert. Vieles von dem, was jetzt abgebrochen wurde, ist ja nicht verloren. Es liegt vor dem Strand als Sandbänke und diese Sandbänke werden durch Aufspülung wieder herausgenommen und hochgeschaufelt – ein unendliches Spiel, könnte man fast glauben, wenn es so weitergeht. Wenn wir das nicht schaffen, aus diesem, man könnte fast sagen, selbst induzierten Teufelskreis herauszukommen, dann wird die nächste Sturmflut nichts anderes tun, als diesen Sand wieder dorthin zu transportieren, wo er jetzt liegt. Und das brauchen wir nicht, das ist teuer. Da bräuchten wir vielleicht, Herr Minister, doch mal eine andere Strategie, vielleicht ein anderes Modellvorhaben der Raumordnung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Christian Brade, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort erhält Herr Gundlack von der Fraktion der SPD.

Tilo Gundlack, SPD: Hier liegt noch ein Kugelschreiber. Ich weiß nicht, wem er gehört.

(Vincent Kokert, CDU:
Den hat der Wind dahin geweht.)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Danke sagen, Danke an alle Einsatzkräfte und ehrenamtlichen Helfer in den Kommunen, die sich gegen das Hochwasser gestemmt und bei der Beseitigung der Schäden geholfen haben und immer noch helfen. Auch möchte ich nicht die Menschen uner-

wähnt lassen, die die Einsatzkräfte und Helfer uneigennützig mit Verpflegung und Getränken versorgt haben, denn das gehört auch dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

So zeigt sich wieder einmal der Zusammenhalt in unserer Generation und unserer Gesellschaft, gerade bei Naturgewalten. Auch ihnen einen herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, die Koalition hat dem Landtag einen Antrag vorgelegt, der sicherstellen wird, dass den betroffenen Kommunen sehr schnell und hoffentlich auch relativ unbürokratisch geholfen wird. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich erwähnen, dass Minister Backhaus und Staatssekretär Dahlemann sofort am Donnerstag auf Usedom waren, um die schlimmsten Schäden persönlich in Augenschein zu nehmen. Noch am selben Tag gab es Gespräche innerhalb der Landesregierung, wie schnelle Hilfe für die zerstörten öffentlichen Anlagen bereitgestellt werden kann.

Noch im Laufe unserer Klausurtagung am Freitag letzter Woche erfolgte die Einigung zwischen Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium, einen Hilfsfonds in Höhe von bis zu 25 Millionen Euro bereitzustellen. Das ist meines Erachtens Höchstgeschwindigkeit und zeugt davon, dass unsere Landesregierung vertrauensvoll zusammenarbeitet und dadurch absolut schnell handeln und Entscheidungen treffen kann.

Die Problemdarstellung zur aktuellen Fluthilfe haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon beschrieben. Ich möchte dennoch einiges als jemand dazu sagen, der aus einer betroffenen Kommune kommt, denn das Hochwasser war nicht nur in Vorpommern, wie man das vermuten könnte, sondern auch in Mecklenburg. Da hat es nämlich auch zugeschlagen. Wir haben in Wismar zwar schon einige Hochwasser erlebt und im Nachgang stets darüber gesprochen, wie die Abläufe verbessert werden können und Schaden durch nachhaltige Lösungen abzuwenden ist, letztlich wird man aber Schäden auch zukünftig nicht ausschließen können. So bedauerlich das ist, eine hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben.

Die Menschen in den regelmäßig von Hochwasser betroffenen Kommunen haben teilweise dazu ihren eigenen Humor entwickelt und nehmen es mit Gelassenheit. Sie entwickeln eine ganz eigene Herangehensweise und auch Konfliktbewältigung. Lassen Sie mich dazu ein paar weitere Worte vortragen, einige wurden wahrscheinlich schon gesagt, aber ich möchte es trotzdem tun.

Mit Einverständnis der Präsidentin möchte ich einen Text zitieren, er stammt vom Wismarer Ortschronisten Detlef Schmidt. Ich darf zitieren: „Wassermarken am Zeughaus und Baumhaus zeugen von der schwersten Sturmflut ... Hochwasser gehört für Küstenbewohner und somit für die Wismarer zum alljährlichen Ereignis, von dem mitunter kaum Notiz genommen wird. Landläufig sagen die Wismarer, dass, wenn dreimal Hochwasser gewesen ist, der Frost kommt. Durch lange Naturbeobachtungen bestätigt, trifft das auch meistens zu. Die typischen Hochwasser entstehen durch den ‚Badewanneneffekt‘ der Ostsee: ‚Lang anhaltende Westwinde im Herbst verhindern ein Ausfließen des Ostseewassers durchs Kattegat und Skagerrak und staut das Wasser bis in den Finnischen Meerbusen auf. Bei plötzlichem Umschlag

des Windes auf Nordost wird dann das Wasser verstärkt auf die südliche Küste der Ostsee gedrückt und je nach Windstärke entsteht die Höhe des Wasserstandes. Die Wismarer Stadtgeschichte weist eine lange Geschichte von zerstörerischem Hochwasser auf, so die ‚arge Wasserfluth‘ vom 3. Dezember 1374, wo das Wasser bis zum Hopfenmarkt reichte. Weitere bedeutende Hochwasserstände werden aus den Jahren 1558, 1596, 1644, 1690 oder auch 1718 berichtet. Schiffe wurden an Land getrieben, stießen an die Stadtmauer, oder man konnte mit Booten in die Breite Straße und in die Neustadt“ bis zur Kirche Heilig-Geist „fahren.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, der Neubau der Wismarer Kaimauern in den letzten Jahrzehnten verschaffte uns Entspannung. Trotzdem zeigten die Hochwasser von 1996 und auch 2002, dass sich das Wasser immer einen Weg sucht. Schäden am Wendorfer Ufer, im Bereich der Frischen Grube oder auch an der Rabenwiese konnten nicht verhindert werden. Einen vollkommenen Hochwasserschutz kann es nicht geben.

In der Wismarer Chronik ist zu finden, dass, bedingt durch einen orkanartigen Sturm am 12. November 1872 – der Minister sprach es schon an, Herr Lenz auch –, das Wasser im Wismarer Hafen schon über die Kaikante getreten ist und den Hafbereich überschwemmte. In der Nacht zum 13. November stieg das Wasser beinahe stündlich und in den Morgenstunden waren ganze Teile der Stadt unter Wasser. Die betroffenen Bürger hatten kaum Gelegenheit, ihre Habseligkeiten zu retten. Kühe und Schweine mussten in Sicherheit gebracht werden. In manchen Häusern wurde das Vieh einfach eine Etage höher verfrachtet und so konnte es passieren, dass am Morgen ein Pferd aus dem ersten Stock auf die Straße schaute.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Zeughaus, das damals als Wollmagazin ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es steht ein Pferd auf dem Flur. Ich habe es immer gewusst.)

Ja, ein Pferd vor der Tür.

Im Zeughaus, das damals als Wollmagazin benutzt wurde, waren 60 Ballen Wolle durch Wasserschaden unbrauchbar und im Zollmagazin wurden gelagerte Kaffeevorräte und Weine vernichtet. Wismarer Bäcker und Milchhändler versorgten ihre Kunden per Boot.

Am 1. November 1996 gab es Hochwasser mit 1,83 Meter über Normalnull. Das aktuelle Hochwasser am 4. und 5. Januar 2017 stieg ebenfalls auf 1,83 Meter über Normalnull. Das zeigt, dass mit solchen Hochwasserständen immer zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren, dank des Hochwasserschutzes in Wismar konnte jetzt Schlimmeres – nämlich der Verlust an Menschenleben – verhindert werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Das aktuelle Hochwasser hat erneut aufgezeigt, dass wir landesweit überlegen müssen, überlegen, ob die Küstenschutzmaßnahmen letztlich ausreichen, aber auch, ob alle Beteiligten in der Vergangenheit richtig gehandelt

haben. Ist es im Nachgang betrachtet richtig, einen Weg genau an der Steilküste anzulegen? Ist es richtig, Sträucher und Bäume vom Strand zu entfernen? Ist es richtig, einen Kiosk genau an die Wassergrenze zu bauen? Und so finden sich weitere Sachverhalte, die uns zum Überlegen auffordern und fragen lassen, ob wir noch genug Demut vor der Natur zeigen. Ansonsten stehen wir nach dem nächsten Hochwasser erneut hier und führen dieselbe Diskussion. Zumindest ist es überlegenswert und diskussionswürdig.

Meine Damen und Herren, nunmehr werde ich auf die finanziellen Aspekte eingehen. Zur Finanzierung der Hilfen für die betroffenen Kommunen sowie der Maßnahmen der Wiederherstellung beziehungsweise für den Neubau der Anlagen, Bauwerke und Strände soll nun insgesamt ein Hilfsfonds von bis zu 25 Millionen Euro bereitgestellt werden. Der Fonds wird mit Mitteln aus verschiedenen Ministerien gespeist. Aus den verfügbaren Haushaltsansätzen werden durch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt bis zu 10 Millionen Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ für die Landesdeiche zum Schutz von Ortschaften, durch das Ministerium für Inneres und Europa bis zu 5 Millionen Euro aus Sonderbedarfsmitteln und durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit ebenfalls bis zu 5 Millionen Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zum Beispiel für die Instandsetzung von Seebrücken und Promenaden bereitgestellt.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Vorsorglich sollen Investitionsmittel in Höhe von 5 Millionen Euro aus Verstärkungsmitteln bereitgestellt werden. Der Finanzausschuss muss diesen Mehrausgaben noch zustimmen, so ja auch im Antrag. Ein diesbezüglicher Antrag wird dem Finanzausschuss übersandt und schnellstmöglich zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehen, eine zügige Beratung und Beschlussfassung wird den betroffenen Kommunen schnell helfen. Ich gehe davon aus, dass die Zustimmung bezüglich der Mittel in Ziffer 2 im Finanzausschuss reine Formsache sein wird.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich schon darauf hinweisen, dass die nun auszubehenden 25 Millionen Euro unbedingt so eingesetzt werden müssen, dass die Maßnahmen nachhaltig werden und das Geld nicht mit der nächsten Flut weggeschwemmt wird. Die Landesregierung soll deshalb schnellstmöglich die Kriterien für die Auszahlung der Mittel festlegen. Den betroffenen Kommunen muss es ebenfalls wichtig sein, dass es zu nachhaltigen Lösungen kommt, schließlich kennen sie ihren Strand und ihre Bauten vor Ort am besten.

Sie sollen sich aber auch im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit an den Reparaturen und Neubauten beteiligen. Hierbei geht es auch um die Kurabgabe, die sie haben und die sie für die Renaturierung und die Pflege ihrer Anlagen nutzen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Bestandteil, denn wer in diesen Gebieten als Urlauber zu Gast ist, der muss Kurtaxe bezahlen, und das in jedem Ort, wenn er mal am Strand langgeht. Das kann doch schnell mal ins Geld gehen für eine Familie.

Meine Damen und Herren, Bebauungsfehler müssen auch identifiziert werden und dürfen nicht erneut begangen werden. Ich wünsche vor allen Dingen betroffenen

Kommunen, dass sie ihre Strände, Kanäle, Uferbereiche rechtzeitig zur Saison, also bis Ostern, wieder für die Einwohner, für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich für die Touristen freigeben können, die gerne hinkommen wollen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nunmehr abschließend um Zustimmung zu unserem heutigen Antrag bitten, denn im Gegensatz zur AfD stellen wir die Anträge, die unserem Land helfen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus,
Helmut Holter, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lenz hat ja für die CDU-Fraktion schon sehr eindeutig die fachlichen Begründungen hier geliefert, warum wir dieses Sofortprogramm als Koalitionsfraktionen eingebracht haben und jetzt beschließen wollen als Landtag, und ich glaube, dass es notwendig ist und die Botschaft für die Gemeinden, aber auch für die Bevölkerung wichtig ist, dass die Landesregierung hier kurzfristig handelt. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir hier nicht nur symbolisch handeln, sondern dass wir 25 Millionen Euro in Aussicht stellen – und das teilweise aus vorhandenen Haushaltstiteln, die bewirtschaftet werden, auch so bewirtschaftet werden könnten, aber hier mit einer ganz klaren Botschaft, wofür sie ausgegeben werden sollen, belegt werden – und dass zusätzlich das Finanzministerium noch mal 5 Millionen Verstärkungsmittel zur Verfügung stellen kann, wenn begründete Vorhaben vorliegen, sowie dass wir dieses natürlich im Finanzausschuss vernünftig und auch dem Verfahren entsprechend begleiten.

Ich denke, wir haben es hier heute auch schon gehört, dass sich der Agrarausschuss und der Finanzausschuss begleitend damit beschäftigen werden, sich noch mal die einzelnen Vorhaben vorlegen lassen. Ich finde, es ist auch sehr wichtig, dass, wie von Herrn Tilo Gundlack schon gesagt worden ist, hier die Nachhaltigkeit im Vordergrund steht,

(Dietmar Eifler, CDU: Ja, genau. Sehr richtig. –
Harry Glawe, CDU: Ganz wichtig.)

nicht, dass wir in wenigen Jahren wieder dastehen, bei der nächsten Sturmflut, und sagen, alles das, was wir investiert haben, muss neu investiert werden. Das kann passieren, weil wir, wie schon gehört, vom Wetter abhängig sind, aber man sollte doch versuchen, das Geld, was jetzt ausgegeben wird, so sinnvoll wie möglich einzusetzen. Vor allem ist die Botschaft an unsere Gemeinden, aber auch an die Bürger, die betroffen sind, dass hier eine schnelle Hilfe erfolgen wird und dass wir zu Saisonbeginn den Großteil der Schäden beseitigt haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns noch einen schönen Nachmittag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Der Ältestenrat hat ursprünglich vorgeschlagen, den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/134 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Nunmehr hat die Fraktion der SPD in der Aussprache beantragt, den Antrag in der Sache abzustimmen. Da der Verfahrensantrag der Sachabstimmung vorgeht, lasse ich dennoch zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/134 überwiesen werden soll, bevor wir zur Sachabstimmung kommen. Wer stimmt also für diesen ursprünglichen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der AfD abgelehnt worden.

Wie bereits dargelegt, ist seitens der Fraktion der SPD beantragt worden, den Antrag in der Sache abzustimmen. Daher lasse ich zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/135 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag auf der Drucksache 7/135 bei Zustimmung der Fraktion der AfD von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU und der Linksfraktion abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/136 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/136 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt und wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/134. Hierzu ist beantragt worden, den ersten Teil des Antrages, die Ziffern 1 und 2, insgesamt sowie über den zweiten Teil des Antrages, die Ziffern 1 bis 3, einzeln abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den ersten Teil des Antrages und hierzu die Ziffern 1 und 2 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der erste Teil des Antrages sowie die Ziffern 1 und 2 einstimmig angenommen worden.

Wer dem zweiten Teil unter Ziffer 1 des Antrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der zweite Teil unter Ziffer 1 des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/134 einstimmig angenommen worden.

Wer dem zweiten Teil unter Ziffer 2 des Antrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der zweite Teil unter Ziffer 2 des Antrages der Fraktionen der

SPD und CDU auf Drucksache 7/134 einstimmig angenommen worden.

Wer dem zweiten Teil unter Ziffer 3 des Antrages zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? –

(Torsten Renz, CDU: Konsequenz wie immer.)

Danke, danke schön. Damit ist der zweite Teil unter Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/134 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU, der Mehrheit der Fraktion der AfD bei zwei Stimmenthaltungen und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen worden. Gut.

Ich rufe dann auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Einspruch des Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, gegen die erteilten Ordnungsrufe in der 3. Sitzung des Landtages am 7. Dezember 2016.

**Einspruch des Abgeordneten
Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD,
gegen die erteilten Ordnungsrufe in der
3. Sitzung des Landtages am 7. Dezember 2016**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Professor Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, hat mit Schreiben vom 7. Dezember 2016, eingegangen am 8. Dezember 2016, gegen die erteilten Ordnungsrufe in der 3. Sitzung des Landtages Einspruch eingelegt. Dieser Einspruch und das Antwortschreiben der Präsidentin des Landtages liegen den Mitgliedern des Landtages als Tischvorlage vor.

Lassen Sie mich zu den Einsprüchen Folgendes anmerken: Gemäß Paragraph 100 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über einen Einspruch ohne Aussprache. Die Beratung im Ältestenrat hat am heutigen Tage stattgefunden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einspruch des Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber gegen die erteilten Ordnungsrufe in der 3. Sitzung des Landtages. Wer dem Einspruch des Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD, gegen die erteilten Ordnungsrufe in der 3. Sitzung des Landtages zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Einspruch des Abgeordneten Professor Dr. Ralph Weber bei Zustimmung der Fraktion der AfD von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung des Landtages, die ich bereits im Dezember einberufen hatte, findet am Mittwoch, dem 25. Januar 2017, um 10.00 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.15 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jacqueline Bernhardt, Philipp da Cunha, Holger Kliewe, Dr. Matthias Manthei und Susann Wippermann.